Freitag, 19. 1. Mitgliederversammlungen in Groß-Berlin

Probleme der Weltrevolution

Stadt und Land

(Zur Programmfrage.)

I.

Bei Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat steht das Proletariat vor der Aufgabe, die kapitalistische Produktionsweise umzuwälzen in die kommunistische. Ist es schon schwer, und erfordert es viele Opfer, die politische Macht zu erkämpfen, so erfordert die Umstellung der Wirtschaft das Anspannen aller Kräfte und stellt das Proletariat vor Riesenaufgaben. Gelingt diese Umstellung nicht, gelingt es nicht, die ungeheuren Widerstände dagegen zu überwinden, so ist die Eroberung — politischen Macht vergeblich gewesen, so wird der Kommunismus scheitern, so wird jede Revolution das tragische Schicksal der russischen Revolution erleiden. Das Proletariat kann nur die ökonomische Macht erringen, wenn es die politische Macht in der Hand hat; es kann aber die politische Macht nur behaupten, wenn ihm die Umstellung der Wirtschaftsweise gelingt. Die ökonomische Fundamentierung ist das Problem der Revolution.

Wenn es allein genügen würde, schöne Programme auszuarbeiten und Dekrete zu erlassen, so wäre die Lösung dieses Problems ein Kinderspiel. Das würde genügen, ja, das wäre noch nicht einmal notwendig, wenn mit dem Moment der Revolution das Proletariat auf das bewußte Kommunisten bestehen würde. Dieses ist leider nicht der Fall und kann auch nicht der Fall sein. Denn nicht das Bewußtsein bestimmt das Sein, sondern das Sein das Bewußtsein. Die ökonomischen Verhältnisse sind letzten Endes die reale Basis, auf der sich der politische und ideologische Ueberbau erhebt. Mit dem Moment der Machtergreifung durch das Proletariat werden zwar die kämpfenden Proletariermassen für den Kommunismus sein; aber nur rein gefühlsmäßig. Und bei den ersten Schwierigkeiten wird sich diese gefühlsmäßige Parteinahme in Gleichgültigkeit und politische Indifferentheit verwandeln, bei sich auftürmenden Schwierigkeiten werden diejenigen, die gestern noch „Hosianna" riefen, „Kreuziget ihn" rufen, wird sich ein großer Teil des Proletariats dann gegen die Kommunisten stellen. Die alte kapitalistische Ideologie sitzt zu tief im Menschen drin; sie kann erst durch veränderte politische und ökonomische Verhältnisse umgestellt werden ins kommunistische. Erst wenn die ökonomische Vorbedingungen für kapitalistisches Denken und Sinnen und Trachten verschwunden sind, wird auch das kapitalistische Denken und Sinnen und Trachten verschwinden. Nur ein ganz kleiner Teil des Proletariats wird sich aus der Erkenntnis der Klassenverhältnisse und der Klassenunterdrückung heraus schon vor der Eroberung der Macht durch das Proletariat von der kapitalistischen Ideologie befreien können, und das auch nur bedingt. Und dieser Teil allerdings muß die Lehren aus seiner Erkenntnis durchzuhalten und durchzusetzen versuchen ohne Rücksicht auf die Mittel gegen alles, was dagegen anrennt.

Nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat ist also das Dilemma zu verzeichnen, daß nur ein kleiner Teil des Proletariats seine Aufgaben klar erkennt, doch aber die Umstellung der Wirtschaft nicht gegen das Proletariat durchgeführt werden kann. Es gilt also, für diese Aufgabe das Menschenmaterial zu verbrauchen, das da ist. Ihn das erfolgreich tun zu können, muß man das Proletariat für die kommunistische Wirtschaft interessieren, es an die kommunistische Wirtschaftsweise fesseln.

Diese Aufgabe gelang es nicht, in der russischen Revolution zu lösen. Darum scheiterte die russische Revolution. Fehler sind allerdings unvermeidlich, sie sind aber gefährlich nur dann, daß sie nicht erkannt werden, und daß man sich ihrer nicht bewußt ist, und daß man nicht je versuchen lernen. Erst dann bedeuten gemachte Fehler Leben, daß einen Gewinn für die Revolution.

Die Geschichte ist der beste Lehrmeister. Wir haben bisher nur einen praktischen Fall, nur einen Schuß, der versuchte, die kommunistische Wirtschaftsform einzuführen: Rußland. Klar, nüchtern und leidenschaftslos wollen wir beschaut das, was Sowjetrußland in dieser Beziehung tat, Revue passieren lassen, erkennen und kritisieren.

II.

Mit der Eroberung der Macht sahen sich die Bolschewiki vor die Aufgabe gestellt, die Wirtschaftsweise umzustellen und die Produktion zu übernehmen. Und das bei einer Bevölkerung, die sich zu 85 Prozent aus Bauern zusammensetzte. Die russische Revolution aber wurde zum größten Teil von Industrieproletariern getragen, alle einem verschwindend kleine Bruchteil der Bevölkerung.

Mit dem Moment der proletarischen Revolution jagten die Bauern ihre Gutsherren zum Teufel oder schlugen sie tot und teilten deren Land unter sich auf, rundeten ihre Besitztümer ab. Es fand auf dem Lande eine Veränderung der Produktionsverhältnisse, Produktion nur der Existenz, die Verhältnisse blieben unverändert. Die Bolschewiki, abzielend gegen den Willen der Bauern eine Veränderung der Produktionsverhältnisse herbeizuführen, konfrontierte in Wirklichkeit nur den bestehenden Zustand, als sie Boden Erde den Bauern offiziell ins Eigentum übertrugen und damit das Privateigentum an Grund und Boden für heilig erklärten. Die Bolschewiki, die die kühnsten Wünsche der Bauern erfüllten, die das Programm der Narodniki in die Praxis umsetzten, wurden bald Freunde der Bauern und konnten sich bei ihren weiteren Operationen auf die Bauern stützen. In dem Maße, wie die Bolschewiki an Anhang unter den Bauern gewannen, verlor die Partei der Narodniki, die Sozialrevolutionäre, jeden Einfluß bei den Bauern. Es wurde aus der großen Bauernpartei, der größten russischen proletarischen Organisation überhaupt, eine kleine bedeutungslose Gruppe, da sie es in der Zeit, wo sie an der Macht war (vom März bis Oktober 1917), nicht gemacht hatte, ihr jahrelang gepriesenes Programm: „Das Land den Bauern," in die Tat umzusetzen oder die durch die Bauern schon vollzogene Realisierung dieses Programms offiziell zu sanktionieren.

Indem die Bolschewiki auf der einen Seite das Privateigentum an den Produktionsmitteln bei den Bauern für heilig erklärt, so haben sie Bedingungen geschaffen, die die politischen Bedingungen Russlands für Zar und Zarin Gegengewicht zu schaffen durch Bildung der „Kommissen der Landarme". Diese Kommissen der Landarme machten bald in einen Gegensatz zu den Bauern Commen. Da sie die Aufgabe hatten Lebensmittel für die Städte Requisitionen, sie selbst aber keine Lebensmittel hatten, mußten sie dieselben von den Bauern holen. Das ging nicht immer gewaltlos ab. Truppe der Roten Garde, und später der Roten Armee, mußten sie dabei unterstützen, bald diese Requisitionen nahmen bald eine verzweifelte Schärfe und Rücksichten an. Die Bauern brachten ihre Güter in Verteidigungsstellung und empfingen die Requisitionskommissionen oft mit Maschinengewehrfeuer. Die Komitees der Landarme wurden bald abgeschafft und die Requisitionen nur mit Hilfe der mittlerweile gefestigten Roten Armee vollzogen, die zunächst beteiligt, endlich ist es auch gelitten zu betrügen und den Sinn der Bauern hinzuleiten ins Sozialistische. Nun brauchte man sich allerdings nicht wundern, daß die Bauern die Kommissionen der Landarme verteidigten. Und den Freunden der Bolschewiki wurden Feinde der Kommunisten. (Die russische Partei hatte mittlerweile den Namen Kommunistische Partei angenommen.) Man hört oft die russischen Bauern sagen: „Wir haben Sowjetmacht für Arbeiter, sie haben uns Land gegeben; die Kommunisten sind gleichfalls Arbeiter, sie haben uns Land gegeben; warum?" Es liegt auf der Hand, daß der russischen Revolution. Die Bolschewiki konnten nur so lange sie die Bauern auf ihrer Seite hatten, sich an der Macht halten. Und sie konnten sie nur so lange sie den Bauern auf ihrer Seite; er war das Zünglein an der Waage, auf der die Forderungen der Bauernrevolution erfüllten. Und daß sie das taten, ist Anfang und Ende ihrer Herrschaft.

Da freiwillige Lebensmittellieferungen nicht erfolgten, mußten die Lebensmittel gewaltsam requiriert werden. Die Bauern aber, die keine Lust hatten, zu säen und andere ernten zu lassen, bestellten nur noch das notwendigste Land, bauten nur noch soviel an, wie sie selbst zum Leben verbrauchten. Da sie einerseits der kommunistischen Regierung, die ihnen alles fortnahm, — und oft genug wurde auch tatsächlich alles rücksichtslos fortgenommen —, nicht gut Freund waren, andererseits sie auch keine Lust hatten, das alte Regime herbeizuwünschen, — aus Angst, das Land könnte ihnen wieder fortgenommen werden — fand die anarchistische Bandenbewegung des Machno so guten Boden unter ihnen.

Die Bauern bauten nur soviel an, wie sie selbst zum Lebensunterhalt unbedingt gebrauchten. Die Requisitionen der Roten Armee mußten sich nun darauf auch erstrecken. Die landwirtschaftliche Reproduktion verengerte sich dadurch so sehr, daß viele Bauern im Frühjahr 1921 kein Saatgut mehr hatten. Eine Mißernte dazu, und der Hunger war da. Das Hungergebiet an der Wolga und in der Krim ist aber nicht allein auf die Mißernte 1921 zurückzuführen, sondern zum großen Teil auch auf das Unwesen Wrangels und nach dessen Niederlage der dann einsetzenden „legislativen" Verwaltungs-Tätigkeit Bela Kuns. So kann sich ein Fehler in der Revolution auswirken.

Wenn eine revolutionäre Bewegung stark genug ist, auf die Unterstützung der — weltinstinktmäßig gesehen — zurückgebliebenen Schichten verzichten zu können, so muß sie es tun. Ob und inwieweit das westeuropäische Proletariat stark genug ist, ohne und gegen die Bauern die Macht zu ergreifen, werden wir bes weiteren noch untersuchen.

Auf dem Lande war den Bolschewiki also nicht die Umstellung der Wirtschaft nicht gelungen. Als einziger Erfolg ihrer Tätigkeit ist eine scharfe Trennung zwischen Stadt und Land zu beobachten, die sie zwang, wollten sie nicht unergehen, und ganz Rußland in einen Kirchhof verwandeln, jeder Versuch in dieser Richtung aufzugeben, den Kampf anzutreten und den Bauern und dem Kapitalismus alle Konzessionen zu machen.

Wie steht es nun aber in der Stadt, bei der Industrie?

Die Industrieproletariat war der Träger der russischen Revolution. Auch der Ergreifung der Macht durch das Proletariat wurden in den Fabriken zur Leitung der Produktion Fabrikkomitees gewählt. Diese Fabrikkomitees konnten aber die ihnen gestellten Aufgaben nicht lösen. Das hat verschiedene Gründe. Erstens ist Revolution nun einmal keine Ruhe und Ordnung, sondern das direkte Gegenteil davon, und speziell im Anfange einer Umwälzung kann nur allerwärts ein tolles Durcheinander herrschen, und zweitens wurde die russische Industrie vor dem Kriege durch Ausländer geleitet. Ein Teil betrieben wurde durch den Krieg verjagt, ein anderer Teil durch die Revolution. Die sogenannte Arbeiterintelligenz fehlte in Rußland fast vollkommen. Anstatt nun die Ursache des Versagens der Fabrikkomitees in den ökonomischen Verhältnissen Rußlands, in der aufgezwungenen, importierten russischen Industrie zu suchen, suchten die Bolschewiki sie bei den Fabrikkomitees selber und ihrer Tätigkeit. Sie schafften die Produktion ganz streng zentralistisch zusammen. Das „System der kollektiven Arbeit" wurde ersetzt durch das „System der persönlichen Diktatur". Den Fabrikkomitees wurde jeder Einfluß genommen, und zuletzt wurden sie ganz beseitigt. Die wirtschaftliche Macht wurde konzentriert im „Obersten Volkswirtschaftsrat". An Stelle der von den Arbeitern selbst gewählten Fabrikkomitees traten als Leiter der Betriebe vom Obersten Volkswirtschaftsrat eingesetzte Direktoren aus, meist frühere Bourgeois.

Straffe Zentralisation bedeutet starke Steigerung des Bürokratismus. Dieser leidet erstarrten, alles konzentriert in den obersten Organen. Alles nur von „oben" betrachtet und von „oben" bestimmt. Für alles müssen „Eingaben" gemacht werden. Die müssen von Anfang zu Anfang bis zur obersten Instanz gegeben werden. Unterstreits muß man sie registrieren, verbuchen, sowohl wenn sie den Weg nach oben nehmen, als auch wenn sie wieder mit den Bemerkungen der verschiedenen Instanzen versehen, zurückgehen. Für all diese Arbeiten ist viel Bürokratenal notwendig. Und das in einem Lande, wo das Lesen und Schreiben ein Vorrecht der Bourgeoisie war. Man mußte also die Bourgeois als Bürokratenpersonal nehmen. Und die sabotierten. Kommt man in die russischen Aemter, fällt einem zweierlei auf: Drauben im Vorraum Menschenhängen, die mit einer für den Westeuropäer unbegreiflichen Geduld warten, und drinnen, wo sich es drinnen sieht man Büchsen mit Sauschnuten und durchgebrochen Strümpfen, Seidenstiefeln, gepudert und geschminkt aufs unglaublichste, an dem auf ihren Arbeitstischen Zigaretten rauchen und poussieren. Arbeiten tun sie nicht. Wieder Marx: „Kapital" III, Mehrwerttheorie", sagt Engels irgendwo einmal. Die Richtigkeit dieses Satzes merkt man bei den Russen besonders. Es gibt nur ein Volk, das sein Arbeitstempo noch nicht dem der Maschine anpassen mußte, und das ist Rußland. Und das hat die Russen geholfen, „sofort" feinen Ist überhaupt nicht, je gebrauchen heißt „Eilschritt" das eben bei oder Gelegenheit. Eilschritt heißt aber wörtlich übersetzt: „In dieser Stunde." Und so ist es auch in der Tat. Eine um 1 Uhr angesetzte Sitzung fängt nicht vielleicht um 1 Uhr 30 Uhr oder 2 Uhr, oder gar um 7 Uhr statt. Wenn um 11 Uhr die ersten bereits erschienen, kann man sich über diese Pünktlichkeit freuen. Trotzdem also die Russen ziemlich zeitlose Gesellen sind, verlieren sie auf den russischen Aemtern doch die Ruhe und Geduld.

Von der Zentralisation und der Verbürokratisierung des russischen Wirtschaftslebens kann man sich hier keine Vorstellung machen. Ein paar Beispiele dafür herausgegriffen.

Im Jahre 1921. In dem größten Bankgebäude in Petersburg, modern eingerichtet, befindet sich eine Note Offizierschule. Im Keller trieft das Wasserrohr. Es geht nun nicht an, daß man einfach einen Klempner holt, der die Lücke repariert. Man muß einen „anfordern", muß eine „Eingabe" machen. Das Wasser steigt höher und höher. Man macht eine neue Eingabe, fordert eine Pumpe zum Wasserausspumpen etc. Jetzt ist Wasser fließt weiter. Schließlich werden die Rohrschäden, die sich im Keller auf zirka 1 Meter hoben Gesellen befinden, unter Wasser gesetzt, daß sie geht aus. Man wendet sich nun an den Stadtkommandanten und bittet ihn, doch ein neues Quartier. Das ist der kürzeste Weg. Die Schule flüchtet ins neue Quartier und überläßt das Haus dem Verfall. Die Eingaben aber wanderten noch lange gewissenhaft von Instanz zu Instanz.

Im Jahre 1921 kosteten die Bahnfahrten nichts. Wer nun aber denkt, daß man sich nun einfach auf die Bahn setzte und fuhr, der irrt sich schwer. Trotzdem das Fahren für umsonst war, mußte man eine Fahrkarte haben. Um die zu erhalten, mußte man eine Eingabe machen. Und was dann? Man bekam 1200 Mark, 1200 Mark, 1200 Mark, 1200 Mark, 1200 Mark, 1000 Mark, 1000 Mark, 1000 Mark, 1000 Mark, 1000 Mark, 1500 Mark, 1000 Mark, 900 Mark, 800 Mark, 850 Mark, 1250 Mark. Summa 12 100 Mark. Auf Sammelliste Halle a. G.: 16 386 Mark. BRTD. Halle a. G.: 30 Mark, 60 Mark, 50 Mark, 30 Mark, 30 Mark, 30 Mark, 30 Mark, 150 Mark, 150 Mark, 200 Mark 225 Mark. Summa 1150 Mark. BRB. Halle a. G.: 200 Mark. BRB. Chemnitz: 210 Mark, 300 Mark, 120 Mark, 400 Mark, 420 Mark, 573 Mark, 300 Mark. Summa 1300 Mark. Sammelliste 4071 Mark. BRB. Nsw: 200 Mark, 210 Mark, 100 Mark, Sammelliste 50 Mark. Summa 510 Mark. BRB. Radebeul: 1350 Mark. Gesamtsumme: 36 002 Mark. Gesamtausgabe 32 100 Mark. Verbleibt Reichsfundsand 3902 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Sieg, Berlin-Lichterfelde. Verlag des Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin. Gedruckt: Buchdruckerei Arbeiterpresse, Berlin C 2, Dorotheenstraße 32.

4. Jahrg. Nr. 5. Preis 65 Mark.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 490 29

Abonnementspreis für Groß-Berlin 290 Mark halbmonatlich. Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 350.— M. halbmonatlich, nach dem Ausland 1000.— M. monatlich.

Wunderkuren

Die einzige Hoffnung, von der das deutsche Kapital lebt, ist der Glaube an ein Wunder, das da kommen soll. Obwohl sich aber trotzdem bei ihm fest, daß das deutsche Proletariat erst den Segen des Himmels durch langes Fasten herabrufen muß. Das deutsche Proletariat sind die frommen Mönche, welche für das Leben des Kapitals beten und leiden müssen. Das Kapital predigt auch jeden Tag, euer ist die Armut. Wir können euch nur helfen, wenn ihr uns helft. Dies kann nur geschehen, wenn ihr euch mit dem Notdürftigsten begnügt und im Schweiße des Angesichts arbeitet. Der böse Feind verlangt dies. Wir würden sonst Mitte wollen lassen. Die Kur, welche das Wunder herbeiführen soll, wird noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen.

Die Besetzung des Ruhrgebiets und die dadurch im Restgebiet hervorgerufene Katastrophe, sind der Auftakt zu einer ungeheuren Leidensepoche des deutschen Proletariats. Die Einbeziehung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets in die französische Wirtschaft bedeutet keineswegs, daß dieser Teil des deutschen Proletariats nunmehr eine einigermaßen gesicherte Existenz hat. Es ist zwar anzunehmen, daß für die erste Zeit die Gefahr einer Arbeitslosigkeit, wie sie ganz sicher im schärfsten Maße im übrigen Deutschland herrschen wird, nicht droht. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wird noch auf Jahre hinaus genügend Beschäftigung bieten. Er wird auch durchgeführt werden, da dadurch die wirtschaftliche Vorherrschaft des französischen Kapitals gestärkt würde. Die französische und belgische Freude, welche bisher die Entwertung der deutschen Mark mitgemacht haben, sind nach der Besetzung des Ruhrgebiets in ihrer Goldpartei gefallen. Die zeigt sich jetzt deutlichsten in ihrem Verhältnis zum Dollar. Die Unmöglichkeit der Entreibung der Reparationsforderung im Zusammenhang mit der schlechten Finanzlage hatten die Abwärtsbewegung beschleunigt. Das internationale Kapital hatte die Aussichten für die Zukunft für ungünstig gehalten. Die Verstärkung der französischen Industrie- und Rohstoffmacht durch die westfälische Industrie hat die Zukunftsaussichten gesteigert. Das internationale Kapital erblickt in dem Zurückweichen Englands und Amerikas eine Kapitulation vor der französischen Militärmacht. Es hat noch nicht die Umwälzung begriffen, die sich in der Stellung des englischen und amerikanischen Kapitals zum Wiederaufbau vollzogen hat. Bisher hatte allerdings das amerikanische Kapital noch nicht, sich von dem europäischen Krisenherd dadurch loszlösen, daß es eine Kreditsperre über Europa verhängte. Das englische Kapital hatte mit allen Mitteln die Wiederherzustellung betrieben, ging dabei davon aus, daß ein Gleichgewicht, wie es vor dem Kriege war, nur dadurch wieder hergestellt werden könnte, daß die äußere Verschuldung Deutschlands. Dies hatte für das amerikanische Kapital einen erheblichen Machtzuwachs bedeutet und auch seine Aenderung der Krise hervorgerufen. Die europäische Handelsbilanz war mit fast alleiniger Ausnahme von Rußland passiv. Die Möglichkeit der Existenz und eines Ueberschusses ergab sich allein durch das Einkommen aus dem Finanzkapital, Amerika gehörte zu den Ländern, die in starkem Maße vom europäischen Kapital abhängig waren. Es hatte so eine verhältnismäßig große äußere Schuld, die es während des Weltkrieges durch den großen Export seiner Rüstungsindustrie an sich gebraucht hat. Um diesen wieder zu ermöglichen, hat es innere Anleihen in enormer Höhe aufnehmen müssen. Seine innere Verschuldung ist daher im Verhältnis am stärksten gegenüber den kriegführenden Staaten gestiegen. Der vom europäischen Kapital angestrebte Ausgleich mußte es am stärksten treffen. Ein formeller Verzicht hätte eine ungeheure Beisetzung des amerikanischen Kapitals hervorgerufen, während es ohne dieses die bisherige Möglichkeit hat, einen Druck auszuführen, sobald es sich ihm zu verlangt. Außerdem ermöglicht ihm der hohe Stand des Dollars durch Ankauf von europäischen Sachwerten, sich wenigstens teilweise schadlos zu halten. Deshalb mußten alle Ausgleichsbestrebungen scheitern. Das englische Kapital hat auch schließlich begriffen, daß das amerikanische Kapital eine europäische Anleihe rein geschäftsmäßig behandeln und sich von keinen sogenannten moralischen Vorschlägen irgendwie beeinflussen lassen würde. Dadurch entstand für das englische Kapital die Frage, ob es die Sanierung Europas allein durchführen wollte oder ob es sich den Vorgehen Amerikas anschließen sollte. Ein Wiederaufbau Europas war für das englische Kapital solange eine Notgenbtigkeit, als der Kontinent sein Hauptabsatzgebiet bildete. Es ist in dieser Beziehung schon eine erhebliche Verschiebung gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten. Durch eine weitere Erschließung der ihm durch den Versailler Frieden zugefallenen, welt es sich allmählich vom europäischen Export unabhängig zu machen. Eine Steigerung der Aufnahmefähigkeit des Marktes für deutsche Ware ist erwarten. Jedes europäische Land sucht nach Möglichkeit, die Einfuhr abzubauen. Dieses Bestreben muß sich noch verschärfen, da der Stand der Währung von dem Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr bei Fehlen des Finanzexports davon abhängig ist. Ein Schuldenerlaß konnte an dieser Tendenz nichts ändern. Schließlich führte es auch noch, daß ein Schuldennachlaß im Endbefeht gegen sich selbst schlagen könnte. Das französische Kapital würde seine Rüstungen noch weiter treiben. England wendet schon heute, trotzdem es auf dem Kontinent überhaupt keinen ernstlichen Gegner hat, ganz ungeheure Summen für Verstärkung seiner Militärmacht auf. Dazu kommt noch, daß sein Einfluß umso größer ist, je notwendiger seine Kreditfähigkeit ist. Es geht dabei davon aus, daß das westeuropäische Kapital nicht in der Lage ist, aus sich heraus die Krise zu überwinden. Die stärkste Militärmacht ist Frankreich. Seine finanzielle Stellung ist für die weitere Entwicklung maßgebend. Es kann noch Freiheit geben, aber wie lange noch? Sobald es erschöpft ist, muß es die englische Hilfe in Anspruch nehmen. Dann kann auch das englische Kapital die Bedingungen diktieren. Je mehr sich das französische Kapital verzettelt, um seine Vorherrschaft aufrechtzuhalten, umso geringer wird seine imperialistische Stoßkraft. Ein kurzer Ueberblick über die französischen Finanzen wird auch zeigen, daß die Rechnung nicht ganz unbezahlt ist. Die Schuldenlast Frankreichs beträgt augenblicklich mehr als 300 Milliarden Francs. Davon sind 171 Milliarden Nachkriegsschulden. Nach dem Ausgabenwert beträgt die französische Schuld rund 128 Milliarden Goldfrancs oder 103 Milliarden Goldmark, während bei der gleichen Berechnung die schwebende Schuld des deutschen Reiches mit Ausnahme der Reparationen in Gesamthöhe von 2,5 Billionen Papiermark zirka eine Milliarde Goldmark ausmacht. Nach Prof. Oide wird allein durch die Zinsenlast für die öffentliche Schuld mindestens ein Fünftel des Volkseinkommens aufgewendet werden müssen. Ein Steigen des Frankenkurses würde den Gegenzug

Kann an den Feind!

Der deutsche Faszismus konnte am letzten Sonntag, dem nationalen Trauertag der deutschen Republik, einen großen Erfolg verbuchen. Es ist ihm gelungen, nicht nur weite Kreise des Bürgertums zu seinen Parolen zu bekehren, sondern er hat sogar vermocht auch nicht unerhebliche Massen des arbeitenden Volkes in den nationalen Taumel hineinzuziehen. In Berlin hatten sie es sogar fertig gebracht, unter allerhöchster Erlaubnis die Bannmeile durchbrechen zu dürfen. Auf jenen Platz vor dem Reichstag, wo vor genau drei Jahren die sozialistische Republik in schärfster Weise den Trennungsstrich zwischen sich und dem Proletariat zog und die Demonstration der letzteren blutig niederknallte, ließen sie ihre nationale Trauerkundgebung in einem wüsten Geschrei nach neuem Arbeiterblut ausklingen. Es beginnt im großen und ganzen dieselbe Stimmung Platz zu greifen, die wir im August 1914 erlebt haben. Nur mit dem Unterschiede, daß diese jetzige Situation noch wahnsinniger ist als die damalige.

Wenn sich die Nationalisten nach dieser Hinsicht austoben, so kann man ihnen eine gewisse Berechtigung dazu schließlich nicht absprechen, weil es ja letzten Endes ihre Weltanschauung ist. Aber, wenn die Arbeiterklasse erneut auf diese nationalistischen Phrasen hineinfällt, so ist das schlechterdings zu begreifen und nicht zu verteidigen. Ein dringendes Halt erschient hier geboten. Immer wieder muß es heißen: „Seht euch eure Führer an." Daß die sozialdemokratischen Parteien, die kurz vor dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet eine internationale Tagung in Köln abhielten, den nationalistischen Phrasen gegenüber nicht ganz taktfest waren, ist nicht weiter verwunderlich. Sie sind trotz ihrer Ministersessel auf ihrem Standpunkt von anno 1914 stehen geblieben. Etwas anderes hatte das Proletariat von den Kommunisten erwartet. Daß selbst diese den groß aufgemachten Rummel in ihrer Weise unterstützen kann nur der verstehen, der etwas tiefer die Zusammenhänge der kommunistischen Politik und Taktik kennt. Auf ihrer Tagung in Essen, wo sie gewissermaßen einen proletarischen Völkerbund proklamieren wollten, haben sie beschlossen, in jeder Weise gegen die Besetzung des Ruhrgebietes Front zu machen. Das haben sie auch in ihrer Weise getan. So gut wie sie es konnten auf Grund der von Moskau erhaltenen Weisungen. Daß allerdings dabei etwas ersprießliches für die Arbeiterklasse herauskommen kann, wohl niemand behaupten. Ihre Parole: Bündnis Deutschlands mit Rußland und der Türkei kann der Arbeiterklasse naturgemäß gar nichts nützen, weil dieses Bündnis günstigenfalls ein Erfordernis der russischen Außenpolitik darstellt. Während also ein großer Teil des deutschen Proletariats vor den deutschen nationalistischen Wagen gespannt wird, geschieht dasselbe mit dem anderen Teil, den man für die spezifisch russischen nationalen Bedürfnisse gebraucht. Der Präsident des Zentral-Exekutivkomitees, Kalinin, hatte nichts eiligeres zu tun gehabt, als einen Aufruf an alle Völker der Welt zu erlassen mit einem Protest gegen die Besetzung Essens, welche seiner Meinung nach das Selbstbestimmungsrecht verletze, die wirtschaftliche Zerrüttung Europas vermehre und die Gefahr neuen Blutvergießens in sich berge. Es berührt eigentümlich, daß eine revolutionär sein wollende Partei und ihr Anhang in solcher Form die Existenzberechtigung der Bourgeoisie anerkennt. Die deutschen Kommunisten erklären dieses Vorgehen Kalinins, das Gegenteil zu ihrer Maßnahmen der Kundgebung, als ein bedeutendes Ereignis. Sie wollen wieder einmal ihre schon so oft gebrandmarkte Arbeiterregierung in empfehlende Erinnerung bringen. Die „Rote Fahne" erklärt, daß sich eine deutsche Arbeiterregierung sofort auf den beginnenden Widerstand der französischen Proletarier und auf die siegreiche revolutionäre Staatsgewalt Sowjetrußlands stützen könne. Sie gäbe dann die Möglichkeit nicht nur eine starke Klassenpolitik gegen den Kapitalistenfeind im Innern, sondern auch eine entschiedene Außenpolitik in der Reparationsfrage gegenüber Poincaré durchzuführen. Als vorläufiges Mittel empfiehlt sie Produktionskontrolle und Beschlagnahme der Sachwerte. Abgesehen davon, daß das Trachten nach den Regierungssesseln einen bewußten Verrat an den Lebensinteressen des Proletariats bedeutet und nebenbei bemerkt, innerhalb eines kapitalistischen Staates auch gar nicht durchführbar ist, gewinnt auch die Parole von der Erfassung der Sachwerte für das Proletariat immer mehr eine ganz bestimmte Bedeutung. Man muß sich das einmal vorstellen. Die Reparationslasten sollen grundsätzlich bezahlt werden. Man erfaßt die Sachwerte und liefert sie der ungeduldigsten Bourgeoisie Frankreichs oder England ab und bedenkt dabei gar nicht, daß man ja dadurch letzten Endes alle revolutionären Möglichkeiten vollständig untergräbt. Denn wie soll das Proletariat dereinst die Macht erobern und die kommunistische Bedarfswirtschaft aufrichten, wenn einfach nichts mehr vorhanden ist. Um einen Trümmerhaufen brauchen wir schließlich auch nicht mehr zu kämpfen.

Die Kommunisten bilden sich ein, daß der Bourgeoisie die Konferenz von Essen viel gefährlicher erscheint, als 1914 die Brüsseler Konferenz. Das Gegenteil ist der Fall. Die bürgerliche Presse hatte mit besonderer Genugtuung konstatiert: Einheitsfront von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen.

Die Bourgeoisie kann sich ja auch kaum eine bessere Unterstützung denken. Für sie kommt es ja weniger darauf an, den Nationalismus unter allen Umständen hochzuhalten, als vielmehr darauf, das Proletariat mit Hilfe des nationalen Rummels für ihre Zwecke gefügig zu machen und zu mißbrauchen. Und das ist das wesentliche. Das Kapital ist international und wird immer auf irgendeiner Art und Weise Mittel und Wege zur Sicherung seines Profites finden. Ihm ist es egal ob es in deutscher Mark oder in französischen Franken verdient. Die Hauptsache ist: es verdient. Und das nicht so schlecht. Wenn das Proletariat aber zur Wahrung seiner Interessen, nichts besseres zu tun weiß, als im neuerdings besetzten Gebiet einen halbstündigen Proteststreik durchzuführen, und in den nichtbesetzten Orten den sogenannten nationalen Trauertag seine Kräfte zur Verfügung stellt und heulend und wehklagend ob der unerhörten völkerrechtswidrigen Gewaltat zu jammern, so hat es eben nichts besseres verdient. Seine Gehirzeit wäre doch sicher lange genug, und wenn es durchaus nicht begreifen will, so kann man ihm da nur sehr schwer helfen. Ehe es nicht zur Selbstbestimmung kommt und begreift, daß sein einziger Feind immer und immer nur die Bourgeoisie ist, national oder international, wird es auch nie zu seiner Befreiung gelangen. Diese Erkenntnis wird aber schwerlich durch irgendwelchen Nationalsozialismus gefördert. Es bleibt nach wie vor das alte mächtige Wort bestehen: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein. Der Feind des Proletariats ist nicht etwa der Franzose schlechthin, sondern der Kapitalismus, der ihn immer schmählicher ausbeutet. Und ob derselbe nun deutsch, französisch, englisch oder sonstwie ist, bleibt sich ganz gleich.

Die einzige heroische Tat, die das Proletariat vollbringen kann, und die eigentlich selbstverständlich sein sollte, ist die, daß er vor allen Dingen erst einmal den Kapitalismus des eigenen Landes zum Teufel jagt. Das ist die einzige Möglichkeit und die historische Aufgabe der arbeitenden Klasse.

Also: Kann an den Feind!

noch bedeutend heben. Der Zuwachs durch das rheinisch-westfälische Gebiet verschlingt auf diese Weise schon vorweg sämtliche Einnahmen, wenn man ganz von den Aufwendungen für den Spaziergang nach Essen absieht. Eine Sanierung tritt also auch dadurch nicht ein. Damit ist der Zweck der Uebung gescheitert und eine Lostösung vom englischen Kapital äußerst gefährlich. Weitere Leistungen an die Verbündeten müßten eingestellt werden. Die da Fremdherrschaft auf der Pumpbereitschaft aufgebaut ist, so wird sie einen ganz erheblichen Knax bekommen. Das französische Kapital hat dann die Wahl zwischen Verständigung Bündnisfuch, oder Kampf bis aufs Messer. Es kann nicht geleugnet werden, daß bis zu dem Zwang zu der Entscheidung viele Jahre vergehen werden. Der Franc hat noch eine Goldparität von zirka 36 Prozent, die inzwischen gestiegen ist. Damit läßt sich noch wirtschaften. Das englische Kapital will durch wirtschaftlichen Raum, durch Boykott siegen und vermeidet, wenn nur irgendmöglich kriegerische Auseinandersetzungen. Da es hierbei die volle Unterstützung Amerikas findet, so hat das französische Kapital keine Möglichkeit auszuweichen und sich den fehlenden Kredit an anderer Stelle zu besorgen. Es merkt schon jetzt, daß es einen Schritt zu weit gegangen ist und die Grenze überschritten hat. Es wird deshalb wohl oder übel zurückgehen müssen. Dies ändert aber nichts an der Lage des deutschen Proletariats. Das englische Kapital hat ein sehr großes Interesse daran, daß das deutsche Proletariat so stark als irgendmöglich ausgebeutet wird. Es weiß, daß der Druck auf das deutsche Kapital von diesem nach unten weitergegeben wird. Es will, daß die deutsche Wirtschaft je nach den englischen Bedürfnissen regulierbar ist. Es wendet sich nur gegen die Form und will verhindern, daß das deutsche Kapital mit Riesenschritten in die französische Wirtschaft seinen Einzug hält. Es muß sich erst wirtschaftlich gegen diese Konstellation (Gruppierung) wappnen.

Das deutsche Proletariat ist der Spielball dieser verschiedenen kapitalistischen Interessen geworden. Es hat noch nicht den Willen zur Selbstbestimmung aufgebracht. Es muß dazu vor allen Dingen die politische Macht übernehmen und in geschlossenem revolutionären Kampf durch die Tat das französische Proletariat zum Loschlagen bringen. Es darf deshalb nicht „im nationalen Interesse" in die Protestversammlungen der VSPD. gehen oder mit der KPD. durch Erfüllung der Schwerte bei den Kapitalisten den Versailler Frieden ausführen. Wenn es sich nicht selbst hilft, dann wird im gehalten. Hungerleuten sind manchmal Wunderkuren. Die pflegen manchen zur Erkenntnis zu bringen, zumal, wenn sie mit Mehrarbeit verbunden sind. Vorläufig bewahrt das Proletariat noch die von der Regierung Cuno verlangte Besonnenheit. Es muß aber bald zur Lage Stellung nehmen. Die Not wird sich so eingraben, daß es nicht weiter kann. Der Ausfall der Steinkohlenproduktion beträgt 60 Prozent der gesamten Steinkohlenerzeugung Deutschlands. Es bleiben nur Deutschoberschlesien und Zwickau. Eine Steigerung der Braunkohlenproduktion kann den Ausfall nicht ersetzen, da Braunkohle nicht die Steinkohle ersetzen kann. Arbeitslosigkeit und Hunger werden herrschen. Die Situation verlangt die Tat.

Moskau und die Ruhr

Es wird wieder einmal den meisten Leuten recht schwer, ihre fünf Sinne beisammenzuhalten. Der ganze Mittelstand, die Bankbeamten, die kleinen Kaufleute und Handwerker flüstern geheimnisvoll vom Krieg. Und es hat keinen Zweck, zu leugnen, daß auch Arbeiter, und nicht wenige, in diesen Chor mit einstimmen. Das Kleinbürgertum ist nirgends zu klaren politischen Vorstellungen befähigt, und am wenigsten in Deutschland. Wenn man den Leuten ganz trocken sagt, der englisch-französische Krieg werde wohl kommen, aber noch nicht jetzt, so glauben sie einen an und es zeigt sich, daß jeder an der deutschen Bourgeoisie gegen Frankreich gedacht hat. Und wenn man fragt, womit die Herren zu schießen gedenken, so zwinkern sie mit den Augen und meinen, erstens wäre noch allerhand da, zweitens aber würde doch wohl England . . . Und das sind noch die Klügeren. Die ganz Dummen lassen so nebenbei das Wort „Rußland" fallen.

Nur die wenigsten werden wissen, daß sie dabei einen Satz von Tschitscherin wiederholen, der auf der Essener Konferenz europäischer KP.-Häuptlinge die Luftspiegelung eines Abwehrblockes Deutschland-Sowjetrußland-Türkei produziert hat. Denselben Unsinn hat der „kommunistische" Abgeordnete Siewert in einer Sitzung des sächsischen Landtages vorgebracht. Das geschieht im gleichen Moment, in dem die russischen Parteigenossen dieser Leute auf der Konferenz zu Lausanne mit aller Gewalt den Anschluß nicht nur an die Türkei, sondern auch an das ihr befreundete Frankreich suchen, um dem alten großen Feind jeder nationalrussischen Außenpolitik, den Engländern, die Spitze bieten zu können.

Vom Standpunkt der russischen Außenpolitik betrachtet, erklärt sich dieser Widerspruch sehr einfach: wie jeder große Diplomat versteht Tschitscherin zwei Eisen im Feuer zu haben. Und es kommt den Russen gar nicht darauf an, bei ihren deutschen Schülern die nationalen Instinkte zu kitzeln. Wer gelesen hat, wie der „Lokal-Anzeiger" und ähnliche Blätter die türkische Angora-Regierung als das Vorbild einer Führung zum nationalen Befreiungskampf feiern, versteht sehr wohl die Absicht, der Russen, entsprechende Gefühle, ohne direkt davon zu sprechen, bei den deutschen Arbeitern zum Schwingen zu bringen.

Ein zweites Doppelspiel zeigt sich dann, wenn man liest, wie z. B. am 6. d. M. im Leitartikel der „Roten Fahne" deutlich und unverhüllt die Bereitschaft der KPD. proklamiert wird, im Falle einer Arbeiterregierung für die Erfüllung des Versailler Vertrages zu sorgen. Man bittet von vornherein um gut Wetter und versichert, daß man die entsprechenden Werte zur Schuldenzahlung eben nicht den Arbeitern, sondern dem Kapitalismus wegnehmen wolle. Eine ganz ähnliche Redensart, wenn man auch nur einen Augenblick darüber denkt, daß eine Revolution so eben gemacht wird, um den Kapitalisten die Schwerte zugunsten der Arbeiterklasse und nicht etwa zugunsten auswärtiger Kapitalisten wegzunehmen.

Arbeiterregierung bedeutet eben nicht Revolution, sondern in ihrer praktischen Auswirkung Fortsetzung der alten USP.-Politik, d. h. Unterstützung des internationalen Finanzkapitals bei dem Konkurrenzkampf gegen das mehr national gebundene Agrar-, Schwerindustrie- und besonders Rüstungs-Kapital.

Das dritte Glied dieser Politik sieht man, wenn man liest, daß der Genosse Monmousseau, nebst einer Reihe anderer Führer der „Kommunisten" und der moskowitischen Gewerkschaften Frankreichs, verhaftet ist wegen „landesverräterischer" Propaganda gegen die Ruhrbesetzung. Allerdochtung von vorn, vermutlich, ehrlichen Willen dieser Genossen kann uns nicht hindern auszusprechen, daß gerade ihre Ehrlichkeit es ist, die von Moskau aus dazu mißbraucht wird, in den deutschen Proletariern die Illusion weiter zu nähren, als sei mit einer nur antisemitischen Haltung und mit einer USP.-artigen Politikpielerei etwas für das internationale Proletariat gewonnen. Denn, was haben die Verhaftesten schließlich getan? Haben sie bei sich im Lande zu einer Tat gegen die Ruhrbesetzung, zum politischen Generalstreik aufgerufen? Gott behüte! Als echte USP.-Leute und „unpolitische" Gewerkschaftler haben sie bei der internationalen Konferenz in Essen einige Reden geschwungen; weiter nichts. Daß sie daraufhin verhaftet wurden, kam den Drahtziehern in Moskau sehr gelegen und wird nun weidlich ausgeschlachtet als weiter Beweis für die reine proletarische Internationalität der Politik der Komintern.

Schließlich hatte die KPD. zum Sonntag, den 14. Januar Versammlungen zur Frage der Ruhrbesetzung einberufen. Was sie dort für Weisheiten vorbrachte war nichts anderes, als die Politik der französischen KP.-Leute, um daß diese sich diesseits der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle nationalistisch auswirkt. Die „Rote Fahne" tut erschrecklich wichtig und fordert zum schaudaumzugischen Maße die Erfüllung der Regierung Cuno durch eine Arbeiterregierung. Man weiß sehr gut, daß die Sozialdemokratie und der ADGB. sich schwer hüten werden, gerade in diesem Moment die Regierungsverantwortung zu übernehmen, und daß außerdem das Kabinett Cuno gar nicht daran denkt, sich stürzen zu lassen — jetzt, wo es sich fest auf die entfesselten und aufgepeitschten nationalen Instinkte der ganzen breiten Bürger- und Kleinbürgermasse stützen kann. Und noch eins: der weise Grieche Sokrates pflegte zu sagen, er wüßte nur eins bestimmt, nämlich, daß er nichts wisse; — ebenso weiß die KPD. nur eins mit Sicherheit: daß sie nämlich von dem politischen Programm der Arbeiterregierung in der heutigen Situation gar nichts weiß. Das ist zu entschuldigen, denn ein solches Programm — wenn es überhaupt jemals möglich war — kann es heute nicht mehr geben.

Für revolutionäre Proletarier kann es heute nur noch ein politisches Programm geben: Hinein mit dem alten Europa in den Schmelzofen der Revolution! Der Vertrag von Versailles geht uns nichts an; die Verwüstungen in ihrem kapitalistisch orientierten Frankreich gehen uns nichts an; wieviel ausländisches Geld in Deutschland, wieviel deutsches im Ausland angelegt ist — das geht uns alles nichts an. Wir haben zunächst keine auswärtige Politik zu treiben, sondern unsere Expropriateure zu expropriieren. Was dann kommen muß, mag kommen. Wieviele Tausende, wieviele Millionen dabei umkommen, das geht uns nichts an. Uns geht nur an, daß der kämpfende Teil des Proletariats zu leben hat; je brutaler und rücksichtsloser er die offenen Gegner und die Halben und Schleicher unter seine Füße tritt, je eher wird ihm die internationale Hilfe kommen.

Wollen die Proletarier in den zerstörten Gebieten Frankreichs ihre Wohn- und Arbeitsstätten wieder aufbauen haben, so mögen sie erst ihre Generale, Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen beseitigen. Dann werden sie auch die Hilfe der deutschen Revolutionäre finden.

Keine Spielerei mit „hoher Politik" und keine Arbeiterregierung kann dem sterbenden Proletariat Deutschlands helfen. Vielleicht wird es nicht darauf verzichten, diese letzten verzuckerten Kurpfuscherpillen zu versuchen. Dann muß das zunächst hingenommen werden als eine historische Tatsache. Aber schließlich wird die Revolution alle die ausspeien, die nicht lauwarm sind, nicht heiß und nicht kalt.

Ein Dokument gewerkschaftlicher „Vaterlandstreue"

Die Ruhrbesetzung hat wieder mal den Geist der Arbeiterorganisationen in seiner ganzen Schäbigkeit gezeigt. Die „vier Bergarbeiterverbände" haben bei dieser Gelegenheit einen Aufruf, den die Stimmesprelle an auffallender Stelle bringt, und der immerhin verdient, festgehalten zu werden. Ganz davon abgesehen, daß die freien Gewerkschaften kein Haar darin finden mit den Gelben zu marschieren — sie können ja gar nicht anders — zeigt er als unbedingte Pflicht der organisierten Arbeiter: daß die freien Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern das ein und alles des Proletariats sei. Die Folgen des sich weiter ausdehnenden Zusammenbruches werden als Folge der Besetzung hingestellt und vor internationaler Phantastik gewarnt. Also keiner Streik mehr, keine Not und kein Elend darf die „Disziplin" erschüttern.

Wir geben das Dokument als Beweis der gelben Sauce wieder. Wir sprechen auch offen aus: Den Proleten, die eine solche Gemeinheit denken und besonders nicht die Schamröte ins Gesicht steigt und sie aus diesem Grunde diesen Pestherd nicht sofort verlassen, denen kann überhaupt keine Schandtat der Gewerkschaftsführer mehr die Augen öffnen. Der Aufruf lautet:

„Kameraden!

Wir schließen uns dem einmütigen Widerstand des deutschen Volkes gegen die Besetzung des Ruhrgebietes an. Die Besetzung des Ruhrgebietes, die Stätten unserer friedlichen Arbeit ist ein schwerer Rechtsbruch, sie ist auch nicht geeignet, der internationalen Wirtschaft und internationalen Verständigung zu dienen.

Wir können an dem bestehenden Zustand mit Gewalt nicht ändern. Die Regierungen Frankreichs und Belgiens, die mit militärischer Gewalt die Besetzung durchführen, versprechen, daß keine Störung, keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung erfolgen solle. Die Leitung der Besatzung tünchte auch an, daß die deutschen, insbesondere die sozialen Gesetze in Wirksamkeit bleiben, daß der Achtstundentag grundsätzlich bestehen bleiben soll. Wir erwarten, daß diese Versprechungen eingehalten werden. Trotzdem ist es möglich und sogar wahrscheinlich, daß die Eingriffe

land- und betriebsfremder Herren

in das Leben des Ruhrgebiets Schwierigkeiten hervorrufen, von denen Umfang und Folgen wir uns heute noch keine Vorstellung machen können. Auch ist vorauszusehen, daß durch den Einzug der Besatzungstruppen und durch die von der französischen Regierung geplanten Maßnahmen Teuerung und Not der Bevölkerung des Ruhrgebiets gewaltig zunehmen wird. In dieser Zeit schwerster Not ist Ruhe und Besonnenheit oberste Pflicht. Die Leitungen der Organisationen haben die wichtige Aufgabe in diesem Sinne stets und überall Pflicht zu tun. Jede Unbesonnenheit gegen die Angehörigen der fremden Besatzung ist streng zu verhüten, weil sie das Elend nur vergrößern kann.

Die Arbeitsbedingungen im Ruhrbergbau werden wie bisher auch weiter nach den Vereinbarungen der Arbeitnehmerorganisationen geregelt. Die Vereinbarungen müssen in dieser Zeit der Not mehr denn je Geltung für jeden organisierten Arbeiter sein; für deren Durchführung muß es heute ganz direkt einsetzen. Kameraden! Schwere Tage und Wochen können für unser Gebiet, für das ganze deutsche Reich kommen. Wir haben keine treueren Ziele, weiter für eure Interessen als wie die Organisationen, die Jahrzehnte lang im Dienst der Arbeitnehmerschaft gearbeitet haben. Sie werden auch auch in der kommenden Zeit der größten Not nicht weichen.

Verhindert Unbesonnenheit jeder Art, ob sie aus unbedachtem nationalen Ehrgefühl oder aus falsch international gedachtem Phantasiegebilde kommen ist, mehr je. Jetzt aus in diesen Tagen zusammenstehen als ein einig Volk von schaffenden Brüdern.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands,
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands,
Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter,
Gewerkverein Hirsch-Dunckler.

Die Totenschicterfabrik

Von Johann Lekai-Budapest.

(Geschrieben 1920 im Landesgerichtsgefängnis B.)

Billiges Porzellan. Auf dem Arm der Jungfrau Maria ruht der kleine Jesus. Rosenkränze. Ein kleines Kreuz. Auf dem Oel zittert das ewige Licht, das kleine Totenlicht. So opfern die Hebräulichen den Toten. Sie achten die Toten. — —

— Ziegel hat der Baumeister nicht gespart. Breit sind die Mauern, winzig das Fenster, stark das Gitter. Schüsselt klirren. Das ist eine Fabrik. Die Totenlichterfabrik. In grauenvoller Einsamkeit steht der Holzhammer. Gottfr. Gillis, Phantasiegewandheit, Schmerz hat den zerquälten Fleischen Stoff die Kraft ab.

Kleine Kinder stehen da, darin die „Wachsfeln", gelbe durchsichtige Blättchen. Es regen sich die Arme. Auf dem Tisch häufen sich die fertigen Lichter. Und während sich die Hände mechanisch hinauf und hinunter, rechts und links bewegen, lastet eine bleierne Schläfrigkeit auf den Gehirnen.

Bangeweile. — Man kann unmöglich immerfort diese Kerzen kopfen. Der Handbreicher, so ein rechter Bannerschier, flettert auf die Fensterbank. Eine in die Höhe reckende Tige . . . Ein Kirchenbaum . . . Der Himmel . . . Mauern und sonst nichts. Alles tuht. Alles ist tot. Zurück zur Arbeit. Wenn er zwei Tage lang hintereinander ununterbrochen arbeitet, von sieben Uhr in der Früh bis sieben Uhr abends und noch eine Weile dazu, dann bekommt er eine Dose Schauspielkraut. Wenn er recht spart, dann reicht diese Dose gerade für die zwei Tage Arbeit.

— Es regen sich die Arme . . . — — — — —

Nächtliche Kerzen flickt ihm in der Kehle. Er hüpft fort. Er springt auf. Ein Berg fertiger Totenlichter wandert in den Kübel. Mit einem breiten Lachen möchte er die neuen unter die anderen. Doch auch diese Freude dauert nicht lange. Dann kommt wieder die Bangeweile. — Die Mauern lassen. — Es regen sich die Arme. — Hinauf, hinunter, rechts, links. — Dann der Spaziergang. Die Gefangenen schleichen im Kreis, die Holzpantoffeln klappern „A—a—ahjaaah!" Sonst alles stumm. Aus einigen Zellen kann man die Holzhämmer hören. „Gegen . . . gehen!" Dann fällt das Tor wieder hinter ihnen zu. Die Schlüssel knallen zu. Das Bein dämmt sich in den Zellen. Die Kerzen werden mehr und mehr auf dem Tisch. Nachrichten von draußen: „Die Frau ist Hure geworden!" Es ist unfaßbar, daß sie es anfangen soll. — Es regen sich die Arme. Die Lichte fliegen . . . Ich zerstampfe sie.

— — — — — — — —

Die Arbeiter der Seelentischterfabrik gehen in Kitteln und Pantoffeln. Weiber, Männer, Jungens und junge Mädchen bekommen heute Urlaub. Heute dürfen sie Lebensmittel kaufen. Die heiligen Staates Buchstaben zu tragen magten . . . Rote Soldaten, die mit dem Gewehr in der Hand, die neue Welt erobern wollten . . . Dirnenmädchen, die von dem großen Reichtum der ambulanten Frau nur ein kleines Bröckchen abgenommen wollten . . . Revolutionäre, der ausbruch, um aus Menschen neue Menschen zu schaffen . . . Junges Mädchen, das vor dem Gesetz nur darum eine Sünderin ist, weil es seine Liebe ohne in Bargeld umsetzen zu können hergab. Alle Arbeiter der Totenlichterfabrik und Alten selbst des Staates paßtenensRecht nicht finden konnten. Sie allerdingsteren das Recht für die Verstorbenen. — Jetzt ist das Wort zu Ende. Zwanzig Pfennig Lohn gibt es für dreitägige Arbeit. Der ganze Staat und Polizei, Gerichte, Schande hinein, Sorge daß die „Sünder" ihre Strafe in gesaßter Arbeit abtüfen dürfen.

— — — — — — — —

In der gemeinsamen Zelle ein Neunzehnmännling. Hoch, mit breiten Schultern und blitzenden Augen. Mit einer schnellen Gebärde: „Was macht Ihr hier? Was habt Ihr? Spielstöcke? Das ist brav!" „Was wo kommt denn hin?" — „Nun eben." Es war doch ein dummer Witz. Wir fuhren mit Auto. Benzier zu machen! Fenster zu machen! Ja ho'ter Bourgeois hat sich nicht gerührt! Wie der Hund hat er sich in seinen Winkel gehockt." — Er fährt sich durch die Haare. „Ich würde für die nicht Kopfen!" Dann sang er mit einer dröhnenden Stimme: „Ich bin kein Jud, ich bin kein Christ, ich bin ein Spartakist!"

— — — — — — — —

Die heimatlosen Landstreicher haben mit großer Ehrfurcht an diesen großen Glauben. — „Ich möchte wohl auch so einer sein! Ich weiß nicht recht, wie ich es anfangen soll." — „Du, es muß gar nicht dumm", der andere. Der dritte legte sich faul auf die Fußboden. — „Ich gehe lieber weiter fechten." Da schnaufte sie der Spartakist mitend an: „Du Regenschirger Zecke, du bilder, glaubst denn, daß du hier noch lange nicht freiben können?" — „Ich?" Er fing wieder an: „Ich bin kein . . ." Und die anderen stimmten ein. — Draußen klirrten die Schlüssel . . . Der Aufseher: „Was macht denn hier für einen solchen Lärm? Wißt denn nicht . . . Er weist auf die Zelle: „Dürmen, Singen, Pfeifen, Stimmen sind strenger Strafe verboten." — Sie bleiben wieder allein. Still. Der Spartakist reckte den Kopf in die Höhe. Mit einem Sprung war er auf dem Fensterbrett: „Warum hängt ihr denn die Köpfe? Wenn es mal so weit ist, seid ihr keine verlorenen Menschen mehr. Er bäumte sich gegen den weiten Himmel . . . „Ich bin ein Spartakist!"

— — — — — — — —

Billiges Porzellan. Auf dem Arm der Jungfrau Maria ruht der kleine Jesus. Rosenkränze. Ein kleines Kreuz. Auf dem Oel zittert das ewige Licht. Das kleine Totenlicht. So opfern die Hebräulichen den Toten. Denn das blinkende Licht leuchtet der dahingeschiedenen Seelen den Weg der Ewigkeit. So achten die Toten . . . Ein großer Glaube in ihren Herzen. Sie achten die Toten . . .

(Aus dem Ungarischen.)

Die Fortsetzung des Artikel: Das Leben Rosa Luxemburgs erscheint in nächster Nummer. D. Red.

Vom Kriegsschauplatz

Der Tagespresse entnehmen wir diese Berichte vom „Schlachtfelde":

Bochum, 15. Januar. Im Verlauf einer Kundgebung am heutigen Abend, die ungefähr eine Stunde dauerte, kam es vor der Realschule zu einem blutigen Zusammenstoß mit den eingerückten Besatzungstruppen. Eine Schar junger Leute, die als Mitglieder des Bismarckbundes bezeichnet werden, versammelte sich vor der Schule und sang verschiedene Lieder, darunter auch das bekannte Soldatenlied, in dem die Worte vorkommen: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen". Die Besatzungstruppen gaben aus etwa 25 Gewehren eine Salve ab. Ein Mann blieb tot auf der Strecke, ein anderer wurde verletzt. Die Menge flüchtete, nachdem die Schüsse abgegeben waren.

Essen, 15. Januar. (TU.) Nach einer soeben eingehenden Mitteilung aus Düsseldorf geht der Vormarsch heute offensichtlich weiter. In Recklinghausen sind heute morgen Transportzüge eingetroffen. Aus der Anordnung ist zu entnehmen, daß der Vormarsch bis in die Linie Hamm-Bielefeld fortgesetzt werden soll. Auch wurde eine Anzahl weiterer Orte heute besetzt.

Essen, 15. Januar. (WTB.) Der Vormarsch der französischen Truppen geht ununterbrochen weiter. Im Norden stoßen Radfahrertruppen über Herten und Recklinghausen nach Datteln vor. Für den Besitz Recklinghausen sind zehn Züge im Anrollen, deren endlicher Bestimmungsort Datteln ist. Im Süden sind große Massen auf dem Wege von Werden über Kupferdreh und Hattingen im Marschringen. Hattingen und Blankenstein sind besetzt. Außerdem rollen sechs Züge für Hattingen und Blankenstein heran. Die Verbindungslinie Dattein—Blankenstein schließt Bochum bereits ein. In Steele sind große Truppenmengen zusammengezogen. Es heißt, daß Bochum, die Grenzlinie des neubesetzten Gebiets zwischen Lünen und Schwerte verlassen wird. Damit würde das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet von den französischen Truppen umschlossen sein.

Es heißt weiterhin, daß eine dritte Division, die die Bestimmung hat, Bochum zu besetzen, von Gerresheim aus in Vormarsch gesetzt ist. Mettmann, Müllheim, Roviges Velbert und Langenberg sind bereits mit starken Kavallerie- und Infanteriekräften besetzt.

Dortmund, 15. Januar. (WTB.) Im Stadtteil Dorstfeld sind zwei französische Offiziere, zwei Unteroffiziere und zwei Mann eingetroffen. Der Ort Mengede, 15 Kilometer von Dortmund, wurde von einer starken Abteilung Franzosen besetzt, ebenso Marten.

Essen, 15. Januar. (WTB.) Heute vormittag zog nach Ablauf der halben Trauerstunde eine größere Menschenmenge vor das Hotel Kaiserhof, das von der Besatzungsbehörde requiriert ist, und stimmte dort das Deutschland-Lied und andere patriotische Lieder an. Es ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle. Die Besatzungsbehörde verlangte von der deutschen Polizei, die Täter dieser Demonstration ausfindig zu machen und zu verhaften.

Französischer Kriegsschauplatz

Paris, 15. Januar (WTB.) Das Kriegsministerium veröffentlicht über die militärische Lage (!) im Ruhrgebiet folgenden Bericht: Die französischen Truppen im Ruhrgebiet und in Düsseldorf setzten die Durchführung des vorliegenden Planes fort und sind heute vormittag in allgemeiner Richtung auf Bochum vorgerückt. Heute abend waren sie auf der Linie Werden-Hattingen-Herne-Heinrichsburg-Recklinghausen-Bottrop und stehen links in Fühlung mit der belgischen Abteilung. In dieser kommandiert General Henrys, im Norden General Caron.

Paris, 15. Januar. (WTB.) Wie „Temps" mitteilt, wurde in der heutigen Ministerkonferenz beschlossen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihre Haltung nicht änderten, die Kohlen- und Koksmengen, die für die Reparationen erforderlich seien, durch Militärgewalt zu erzwingen. Die Ausgeschlossenheit wäre heute nicht mehr allein Sache des Ingenieurs Loste, es hätte General Degoutte einzugreifen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Memel besetzt

Königsberg, 15. Januar (Mtb.) Das Schicksal Memels hat sich im Laufe des heutigen Vormittags vollzogen. Um noch vor dem Eintreffen der Ententetruppen ihr Ziel zu erreichen, machten die Litauer heute morgen einen heftigen Vorstoß von Süden her, der sie bis an die Dange brachte. Die französischen Besatzungstruppen mußten sich vor der Uebermacht unter Kämpfen auf das andere Ufer der Dange zurückziehen. — Ueber die Höhe der Verluste auf beiden Seiten ist noch nichts bekannt. Kurz vor 1 Uhr nahmen die Litauer die französische Präfektur in Besitz. Die Besatzungstruppen halten noch einen Teil der Stadt, der um die Kaserne herum liegt, werden sich aus ihm jedoch bald zurückziehen müssen. In den frühen Nachmittagsstunden war fast ganz Memel von den Litauern besetzt.

Mobilisierung in Polen

Kattowitz, 15. Januar. In den letzten 24 Stunden erhielten die in Polnisch-Oberschlesien tätigen Kongreßpolen Einberufungsorders, wonach sie sich sofort bei ihrem zuständigen Garnisonkommando zu stellen haben. Es handelt sich um die jüngeren Jahrgänge. Der Werwolfausschuß Pilsudski hat sich unerwartet an die Spitze begeben.

Nur die Zahl der Gefangenen und der eroberten Geschützen fehlt, dann wäre der richtige Kriegsbericht fertig. Die nach kaufmännischen Grundsätzen betriebene Tagespresse hat Kriegsberichterstatter nach dem Kriegsschauplatz entsandt, die dem Spießer die grausigsten Kriegsbilder in ätzenden Artikeln auftischen und die „Volksseele" zum kochen bringen. „Belagerungszustand", „Rechtsbruch", „Deutschland, Deutschland über alles" — „Die Wacht am Rhein", „Wann folgen Taten", „Die Stunde ist gekommen", ... besetzt", „Rächtung . . . ", so starren uns ganze Seiten bedruckter Holzpapiere entgegen.

Die preußische und verpreußte „Volksseele" hält sich in der Gewerkschaftsdisziplin. In dem vom „Feinde eingenommenen" Gebiet hat man sich damit begnügt, sich erhebende Ausbrüche zu verschaffen, indem man die Sirenen abblies, etwas Spektakel machte und eine halbe Stunde zum „Protest" „streikte". So zwischen durch kalkulieren die einen, wann denn nun zum ersternmale die Frankenkäuhung ausgezahlt wird und die anderen berechnen an dem Steigen der Kurse, wieviel das Geschäft bis jetzt schon einbrachte. Nur die wenigen, auf deren Konto jetzt scheinbare Berufsfehler gebucht werden, die um Stinnes und die höhere Gewerkschaftsbürokratie, kalkulieren großzügig mit Zukunftsexempeln. Je mehr es gelingt, die Proletarier nationalistisch einzumuckeln und wirtschaftlich zurückzuwerfen, desto besser. Wie es sich nachher durch „höhere" Lähne einlangen und die Zusammenschmelzung der „reichlichen" Kohle und Erze wird die hohen und höchsten Herrschaften schon bei der Verteilung des Beibacks entschädigen.

Nur die bayerische „Volksseele" ist am überkochen und nicht mehr zu halten. Hitlers Garden sind nicht mehr zu bändigen und erzwingen „Krieg" auf eigene Faust. Der „Regensburger Anzeiger", das Organ des Abgeordneten Held, des Führers der Bayerischen Volkspartei, meldet, daß man in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei den Gedanken hege, die alten Selbstschutzorganisationen etwa in der Form der vom Staate legalisierten und von ihm finanziell unterstützten Einwohnerwehren wieder aufleben zulassen. Den Anlaß zu diesen Erwägungen gäben die veränderte politische Lage und die damit auftauchende innerpolitische Gefahren. Die Bedenken gegen den Weiterbestand der bayerischen Einwohnerwehren seien gefallen. Der Rechtsbruch der Franzosen gebe nunmehr freie Hand, den dringendsten nationalen Lebensnotwendigkeiten Rechnung zu tragen. Der Bayerische Christliche Bauernverein hat sich in einer Tagung entschieden gegen jede Wiederholung neuer Getreideumlagen ausgesprochen, in welcher Form sie auch wiederkehren mögen. — Das ist wohl des Pudels Kern und der Grund des aufsodernden Patriotismus. Damit wird man den inneren Feind ebenso sicher schlagen, als ihn die Gewerkschaften und die sozialdemokratische einmickeln.

Daß das deutsche Proletariat nach vierjährigem Morden und vierjährigem „Aufbau der Wirtschaft", nach Blut- und Hungerleiden auch noch gar nichts dazu gelernt hat und sich ebenso willenlos von den Drahtziehern mißbrauchen läßt, ist keinem überraschend, der die Stärke der Gewerkschaften und die festen Wurzeln der bürgerlichen Ideologie in den Proletarierköpfen kennt. Wie aber dieser „Krieg" die todkranke Wirtschaft in viel schnellerem Tempo zerrüttet als der Weltkrieg die gesunde kapitalistische Wirtschaft, wie der nationalistische Rausch aus dem Proletariat viel früher schwinden und der Betrug zu dämmern beginnen.

Dieselben Lügen von 1914 fehren in neuen Gewändern wieder. Es ist noch dasselbe System, daß, wenn auch nicht durch triegerische Eroberungen „feindlichen" Gebiets, so doch von der gemeinsamen Unterdrückung des Weltproletariats lebt. Es sind dieselben Leute, die auf dem Nacken des Proletariats wie Vampyre sitzen und ihm Mark und Blut aussaugen. 1914 gab es in die Staatsstellungen einzudringen, heute gilt es, sie zu halten und neue Positionen zu erobern. Alles unproduktives Geschmeiß, das vom Produktionsprozeß des Proletariats lebt, wird sich zusammentun zur rücksichtslosen Niederwerfung der Proletarier, wenn diese sich beginnen sollten und Menschenrechte wollen. Es gilt sich diesem chauvinistischen Zaunerl entgegenzuwerfen und dem Proletariat Geschichtsunterricht zu erteilen. Es ist kein Nationalitätenkrieg, der da vor sich geht, aber der Kapitalismus rüstet zur letzten entscheidenden Schlacht für den Klassenkrieg gegen das Proletariat. Man wird die Proletarier hindern. Die einen werden gefüdert durch Brocken von den Herren Tische, für die anderen schafft man den großen demokratischen Hexenkessel, abgeschnürt von Kohle und Erz, um die Millionen überflüssiger Fresser lautlose zu beseitigen. Die Profite gehen gemeinsam. Es gibt keine Nationen mehr, es gibt nur noch zwei Klassen. Diese stehen sich todfeind gegenüber. Das Proletariat muß begreifen, daß es sich zusammenscharen muß als Klasse zur Vernichtung der bürgerlichen „Ordnung". Es gilt die Dümme einreihen, die es künstlich trennen und fesseln. Es gilt die Gewerkschaften zu zertrümmern, um sich aus den Fangarmen der schmarotzerischen Polypen zu befreien. Um frei zu werden zur Klassenfront, zur Klassenschlacht. Zum letzten heiligen Krieg.

Wirtschaft

Preise, „Löhne" und Sanktionen

Die Gewerkschaften und das Kapital sind auseinander angewiesen, wie der Händler und der Fabrikant. Die Gewerkschaften haben die Arbeitskraft ihrer Sklaven zu verkaufen und die Kapitalisten die durch die Arbeitskraft hergestellten Waren. Wird die Ware teurer, so werden auch die Löhne „erhöht". Und da die Gewerkschaften immer bühlich aufpassen müssen, daß es auch Arbeitskraft zu verkaufen gibt, müssen sie natürlich auch ihre Forderungen den „Gemeinbesten" der Wirtschaft anpassen. Aber man einigt sich immer wieder. Man läßt die Arbeiter hier und da ein bischen streiken, damit sie etwas vom „Klassenkampf" merken. Ein anschauliches Bild dieser gegenseitigen „Bewilligungen" bietet Seite 8 der Hamburgischen Bürgerzeitung. Es heißt es zum Beispiel in der Nummer vom Freitag, den 12. Dezember 1922 auszüglich heißt der letzten

Kohlenpreiserhöhung von 50 Prozent.

Im Anschluß an das Ergebnis der letztjährigen Lohnverhandlungen mußten die Organe der Kohlenwirtschaft gestern in neue Kohlenpreisverhandlungen eintreten. Die Preisverhöhungsanträge umfaßten im allgemeinen einen Aufschlag von 50 Prozent zu den bisher geltenden Netzpreisen, zuzüglich einer Abgeltung für die für erste Dekade des Januar bereits eingetretenen Lohnerhöhungen, wozu dann noch

für die besetzten rheinischen Gebiete ein besonderer Zuschlag

für die infolge der Besetzung zu erwartenden wirtschaftlichen Erschwerungen zugestanden werden mußte. Diese beiden letzteren Posten sollen bei der nächsten Preisfestsetzung berücksichtigt werden kann, wieder entfallen.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums betonte die durch zahlreiche Eingaben der Kohlenverbraucher bekeppten Bedenken, die bei der jetzigen Wirtschaftslage einer Kohlenpreiserhöhung entgegenstehen. Er gab jedoch die Erklärung ab, daß das Reichswirtschaftsministerium trotz Billigung dieser Schadenrichtlinien von einem Beiseitestellen Abstand nehmen werde, weil die geforderten Beiträge zur Aufrechterhaltung des Bergbaus notwendig seien.

Die Preiserhöhungen treten also mit Wirkung ab 12. Januar in Kraft.

Die Kohlenbarone entschädigen sich also gleich im voraus für die durch die Ruhrbesetzung entstehenden „Schwierigkeiten". Und da eben der Betrieb aufrechterhalten werden muß, muß man dem Kapitalismus geben, was er gebraucht. Ab Februar tritt außerdem wieder eine

50prozentige Tariferhöhung

bei der Eisenbahn in Kraft. Es versteht sich am Rande, daß dies alles nur Anfänge einer Lawine sind, die jetzt wieder mit einem Ruck herabsteigt. Als der Dollar während des Reichspräsidentenmordes auf 400 hochkletterte, da hieß der „Normdirn" betrübte in Dünnschrift und überlegte sich ob der zusammenbrechenden Kaufkraft. Jetzt ist es natürlich still geworden dort. Man nimmt an, daß sich die Proletarier mittlerweile an das langsame Verhungern gewöhnt haben. Heute hat der Dollar den ersten Zum von 10 000 bereits überschritten, und mit die zweite Etappe einen rascher zurücklegen. Wer bei den Preis und „Lohnerhöhungen" jedoch trotz alledem sehr gut fährt, das verrät der „Normdirn" vom 12. Januar (abends) ebenfalls, dort heißt es:

„Der Londoner „Daily Expreß", dessen Besitzer ein Freund und Mitarbeiter Hugo Stinnes ist, kommt zum letzten deutschen Kohlenstreikmeldes schreiben: „Die Regierungsstelle in Berlin kommt nicht überschwend. Die unmittlige deutsche Industrie will den Bankrott der Mark, weil sie weiß, daß alle Sanierungsmaßnahmen Kaufen der Industrie, die sich enorm bereichert hat, getroffen werden sollen." Dieses Urteil ist scharf, trifft aber den Kern der Sache, w

Mehr aber steigen an der Börse die Kurse. Und die Vaterlandsliebe des Kapitals wirft sich wertvoll dieserweise auf die Effekten derjenigen Werte, die vom „Feind" besetzt sind. An der Berliner Börse steigen die Kurse der rheinisch-westfälischen Industrie um zehntausende Prozentzahlen. Aus dem „Gott gab ich für Eisen" aus alnordern Zeiten, wurde das „Mark gab ich für Devisen". Alles flüchtet sich aus der Mark. Erstens ist das steuerfrei und dann sicher vor Valutaverlusten. Die Mark sinkt von Tag zu Tag und die Proletarier, die sich um die Lohnerhöhung prellen lassen, können jetzt Betrachtungen über die Nützlichkeit der Gewerkschaften und Tarifverträge anstellen.

Die 50proz. Kohlenpreiserhöhung und die Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise ist in der bisherigen Preissteigerung aber noch gar nicht zum Ausdruck gekommen. Die Erhöhungen für Kraft, Licht, Transport usw. werden erst jetzt angekündigt. Die Preissteigerung in der zweiten Januarhälfte muß also notwendig stetier vor sich gehen als bisher. Der Proletarier behält dafür mit seiner Vaterlandsliebe auch seine Papiermark.

Berliner Metallindustrie

Die BG.-Korrespondenz teilt der Presse mit, der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie mit 15 Prozent Zuschlag für die 1. und 15 Prozent für die 2. Januarhälfte sei mit den Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer (d. h. der Gewerkschaftsbeamten. Red. d. „KAZ.") gefällt. Die Urabstimmung sei ohne jede Kontrolle und unter nur außerordentlich geringer Beteiligung und unter Ausschluß der Unorganisierten vor sich gegangen, weshalb füglich bezweifelt werden dürfe, ob sie die notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben habe. Eine genaue Zahlenangabe sei nicht veröffentlicht worden, „weil die genannten Zahlen doch vielleicht ein anderes Bild ergeben würden."

Der Verband Berliner Metallindustrieller habe für die zweite Januarhälfte ein über den Schiedsspruch hinausgehendes Angebot von durchschnittlich mehr als 20 Prozent gemacht und die Familienzulage um 50 Prozent erhöht, für die Ehefrau als 12 Mark und für jedes Kind auf 24 Mark je Stunde.

Da die Proletarier sich in ihrer unbegreiflichen Lethargie zwangsweise von den Funktionären und Betriebsräten in den Gewerkschaften halten lassen, ist es begreiflich, daß die „Aktionen" der Gewerkschaften, die Abstimmungen, stets „unter außerordentlich geringer Beteiligung" vor sich gehen. Die nicht an der Abstimmung beteiligt gewesenen Arbeiter des Betriebes werden von den Gewerkschaften bekanntlich als „ablehnend" gezählt. So haben die Gewerkschaften es stets in der Hand, ob sie streiken lassen wollen oder nicht. Zum Streik kommt es höchstens, wenn die hohe Bürokratie den Proletariern zur Aber lassen will, um sie für später zu erwartende Kämpfe in einem Solidaritätsstreik unschädlich zu machen.

Rußland

Ueber die Entwicklung in Rußland bringt die „Deutsche Bergwerkszeitung", das wirtschaftliche Organ des Herrn Stinnes einen Artikel, bei wir hier ohne Kommentar wiedergeben. Die Phrasen der 3. Internationale über ihren „Kampf" gegen das Kapital verfallen angesichts dieser Feststellungen von selbst der Lächerlichkeit und zeigen, daß dieselbe eben nur gegen einen „markierten Feind", wie Kleinom sich in der „DAZ." ausdrückt, kämpft, um das Proletariat für den kapitalistischen Aufbau einzuspannen.

„Man macht sich in Westeuropa meist keine klare Vorstellung davon, wie gewaltig der Ruf vom Kommunismus zum Staatskapitalismus in Rußland tatsächlich ist. Vom sozialistisch-kommunistischen Aufbau der Jahre 1917 bis 1920 hat nur noch Schlagwort und die Devise übrig. Rußlands Regierung ist mit „proletarischem" Geiste erfüllt. Nichts beweist dies deutlicher als die neuen Gesetzesvorlagen, die die 4. Session des Zentralexekutivkomitees der Sowjets Ende Oktober angenommen hat. Mit diesen neuen Gesetzen ist der Kommunismus wohl endgültig überwunden und erledigt: man ist bemüht, eine neue Rechtsordnung zu schaffen, die das russische Wirtschaftsleben im kapitalistischen Sinne sichern und beschützen soll.

Natürlich bietet man alles an Dialektik auf, um den „Beweis" zu erbringen, dieser Staatskapitalismus sei eine Form sozialistisch-kommunistischer Evolution und die Verbreitung zu einem Glauben zu bringen, es sei echter Marxismus. Nichts ist verständlicher, als daß Trotzki, Sinojew u. Co., die den internationalen Proletariat — besonders jedoch den deutschen! — die Weltrevolution predigen, sich bemühen, das Gesicht zu wahren und konsequent zu erscheinen. Die lasse man ihnen! Den Spiel mit Begriffen, wortreiche Kunstkniffe werden vielleicht einen bewußten Betrügern ernst genommen werden können. Mag Trotzki immerhin behaupten, der Kommunismus habe der Bourgeoisie geringere Konzessionen gemacht als 1918 bis zum Kriege, bei Arbeitern aber sei Kritik, sogar offenere Sprache jetzt dürften mehr Gemicht haben als seine Reden. Insbesondere die Tatsachen des neuen Arbeitsgesetzes und des neuen bürgerlichen Gesetzbuches der Sowjetrepublik. Die Sowjetregierung entbietet mit ihrer neuen Gesetzgebung doch, welche Wirkungen sie anstrebt, was sie schätzen und was sie bekämpfen will. Und hier ist ein Wandel festzustellen, der alles in den Schatten stellt, was an Entwicklungs- und Wandlungsfähigkeit wohl je von einer und derselben Regierung geleistet worden ist. Von den Errungenschaften der Revolution ist so gut wie nichts mehr übrig geblieben.

Bisher bestand das kriegskommunistische Arbeitsgesetz aus dem Jahre 1918, welches auf der allgemeinen Arbeitspflicht beruhte. Am März 1922 wurde die Arbeitspflicht mit allen Vorschriften über die Mobilisierung des Industrieproletariats, Militarisierung der Arbeit usw. aufgehoben. Geblieben sollte die Verbindung der Arbeiter auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens des Arbeiters mit dem Unternehmer bestimmen. Dann kam neue Gesetz regelt nur noch das Minimum des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit. Der Achtstundentag bleibt nominell obligatorisch und wird für „unterirdische" und gesundheitsschädliche Arbeiten auf sechs Stunden herabgesetzt. Der gesetzliche Mindestlohn gilt auch für die Privatindustrie als niedrigste Grenze. Der Arbeitgeber darf unter im Falle der Untauglichkeit des Arbeiters oder bei Einschränkung des Betriebes Entlassungen vornehmen. Der Arbeiter hat das Recht, eine Schiedsinstanz zu halten. Der Arbeitgeber, der bisher alle ihm vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeiter einstellen muß, hat das Recht, die ihm nicht zusagenden Arbeiter abzustoßen. Auch sind die Arbeitgeber nicht mehr verpflichtet, Kollektivverträge mit ihren Arbeitern abzuschließen, sondern können einzelne Arbeiter anwerben und mit diesen Einzelverträge abschließen. Die Gleichstellung Minderjähriger mit erwachsenen Arbeitnehmern ist abgeschafft. Alle Rechte der Fabrikräte und Gewerkschaften bei Streitfällen des Betriebsrates zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind aufgehoben.

Charakteristisch ist, daß die Gewerkschaften fast mit dieser Regelung einverstanden erklärten, da sie nur noch Privatangestellten zum Schutz der Arbeiterrechte dienen wollen. Die Gewerkschaften, die bei den Kommunisten mehr gelten, die je doch nicht abgeschafft werden sein. Der Eimmonb Bartos, aus Westeuropa zu diesen Gesetzen sagen würde (!), wurde vom Gewerkschaftsführer Tomski in der Diskussion, bei der Kamenew bisher Gehilfen im Plenum vertreten, mit der Erklärung abgetan, auf Westeuropa würden keine Diskussionen mehr über Betriebsräte oder sog. Jeant das russische Arbeiterrecht nicht mehr.

Den gleichen Geist entdeckt man bei den neuen bürgerlichen Gesetzbüchern. Kollektivrechte bei Bodenpachtverträgen und Verträgen von Kunstschulen als selbstverständlicher Grundsatz gelt, sind jetzt Kapitalisten nur als geringste Grenze möglich oder gewisse Beteiligung schwunder Gelände berechtigt (Art. 17, 69 und 156).

4 große öffentliche Versammlungen

Freitag, den 19. Januar 1923

Norden:
Phanus-Säle, Müllerstraße 142

Charlottenburg:
Schulaula, Guerickestraße 42

Neukölln:
Allems Festsäle, Hasenheide

Ostbahnhof:
Oppermanns Festsäle, Küstriner Platz

Thema:
Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Ruhrbesetzung! Ein neues 1914??

Als ausreichende Sicherung kann eine solche Bestimmung natürlich nicht gelten, sie bedeutet jedoch immerhin einen Schritt weiter. Sodann wird festgestellt, daß alle vom Staate nationalisierten und mimigisierten Unternehmungen, Eisenbahnen, Schiffe, Häuser usw. weder verkauft noch verpfändet, noch aber, wenn der Staat sie nicht selbst verwalten will, auf gesetzlicher Grundlage verpachtet werden dürfen. Die Wiederherstellung des Privateigentums wird nicht ausdrücklich proklamiert, wird jedoch faktisch insofern zur Tatsache, als das Erbrecht wieder eingeführt wird.

Dieses neue Bürgerliche Gesetzbuch soll ebenso wie die neue Gerichtsordnung am 1. Januar 1923 in Kraft treten."

Probleme der Weltrevolution

(Zur Programmfrage)

Stadt und Land

III.

Die künftige proletarische Revolution muß also die Fehler der vergangenen Revolution zu vermeiden suchen. Es gilt vor allen Dingen, die Proletarier an die kommunistische Wirtschaftsweise zu fesseln, ihre Eigeninitiative zu heben. Zunächst muß die Ernährung sichergestellt werden. Denn die wird viel schwieriger sein wie jetzt. Wenn auch eine proletarische Revolution in Deutschland sofort die anderen europäischen Staaten wie Frankreich, Italien, Schweden, Oesterreich, Tschechoslowakei mit in ihren Strudel hineinziehen wird, und auch das Uebertspringen des revolutionären Funkens auf England wahrscheinlich ist, so wird doch Amerika, (sowohl Nord-, als auch Südamerika, noch lange eine Hochburg des Kapitalismus bleiben. Die proletarischen Staaten müssen also selbst das an Nahrungsmitteln produzieren, was sie zur Ernährung ihrer Bevölkerung gebrauchen. Eine ganz intensive Bodenbewirtschaftung muß einsetzen. Zum Anfang hat man noch mit einem ungeheuren Widerstand der Bauern zu rechnen. Denn die Bauern sind nun einmal ihrer gesellschaftlichen Stellung nach Verteidiger der privatkapitalistischen Wirtschaftsform oder genauer ausgedrückt Vertreter des Nachfeudalismus, also Klassengegner des Proletariats.

Wir kommen also wieder zu der schweren Aufgabe der Regelung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land, der Aufgabe, an der Sowjetrußland gescheitert ist. Die KPD., für die die Fehler anscheinend nur dazu sind, sie immer wieder zu machen, schlägt auch hier wieder vor, genau wie in Rußland, den Privatbesitz an Grund und Boden für heilig zu erklären. Das wirkte aber zu ähnlich schlimmen, vielleicht noch schlimmeren Fiasko führen wie in Rußland. Wenn man diese Maßnahmen der Bolschewiki auf Grund der Zusammensetzung der Bevölkerung noch verstehen kann, so wird diese Maßnahme in Westeuropa angesichts Irrtum. Wenn man erkennt hat, daß die Bauern Verteidiger des Proletariats sind, kann soll man ihnen nicht schmeicheln, sondern soll sie auch als Gegner behandeln. Nicht etwa in der Form, daß man auf Land geht und ihnen alles fortnimmt; das wäre unsinnig ein jetzt. Welch eine „vaterländische" Politik wäre es für kurze Sicht, das hiege die Voraussetzungen für eine Hungerkatastrophe schaffen. Man soll aber ruhig auf die Mitsitze der Bauern verzichten, wenn sie sich nicht freiwillig anschließen. Wir haben ein Interesse daran, daß die Bauern ihre Ernte genießen, auf den wir uns stützen können: den Landarbeiter. Ist der Bauer der Kleinbürger des Dorfes, so ist der Landarbeiter der Proletariat des Dorfes.

Es gilt schon jetzt an den Landarbeiter heranzukommen und aus ihm einen bewußten Klassenkämpfer zu machen. Trotzdem der Landarbeiter auf Grund seiner landunterstützten Lebensbedingungen von Natur aus revolutionärer ist (man findet vielfach jetzt Wald des Bauern, der Landarbeiter ist ein Proletarier), ist es doch schwere Arbeitsarbeit neben dem Deputat ganze 300 (treibhundert) Mark Bahn wöchentlich erhalten), so ist doch sehr schwer an ihn heranzukommen, denn er ist wirklich nicht in der Lage, sich eine wirklich revolutionäre Partei, wie die KPD., ist nicht in der Lage, die Literatur und Zeitung umsonst liefern zu können. Infolgedessen haben wir jetzt den Zustand, daß der Stadtproletariat und Landproletariat nicht mehr zusammen sind; als wenn sie heute Welten voneinander getrennt sind. Wenn es gelingt, die Landproletarier in die revolutionäre Propaganda mit einzubeziehen, und das ist nur eine finanzielle Frage, so ist das Spiel gewonnen.

Nach Eroberung der Macht müssen wir uns auf die Landarbeiter stützen. Als allererste Maßnahme muß das Eigentumsrecht an Grund und Boden grundsätzlich aufgehoben werden. Die großen Güter sind in Wirtschaftskommunen zu verwandeln. Vermutlich bildet einen Landarbeiterrat. Die großen Bauernhöfe und kleinerer Güter sind zu Dorfkommunen zu vereinigen. Vermutlich durch einen Bauernrat. Den kleinen und mittleren Bauern kann man, da im Umfang wichtigeres zu tun ist, als sich um jeden einzelnen kleinen Betrieb zu kümmern, ihre Selbständigkeit lassen. Dieselben haben aber lediglich die Vermutung, daß Staatseigentum zu bedenken, die, wenn sie sabotieren oder die Unbeweglichkeit bestellen, von Haus und Hof verjagt werden können. Die Sowjetgüter und Dorfkommunen haben beispielsweise zu verteilen. Der Boden ist zu intensiv für die möglich gemachten Kredite, Saatgut, Stallfutter, Dünger, Maschinen usw. Bodenbearbeitung ausschließlich maschinell. Die Sowjetgüter und Dorfkommunen sind gegenüber den selbständigbleibenden Bauern, in jeder Beziehung günstiger zu stellen. (3. B. Lieferung von Stallfutter, Dünger, Maschinen an Sowjetgüter und Dorfkommunen zu äußerst günstigen Bedingungen, an die Bauern nur gegen sehr hohe Entschädigung.) Es muß erreicht werden, daß die „Selbständigkeit" unrentabel wird, und daß die Bauern mit ihrer reinbäuerlichen Einstellung durch die harte Konkurrenz der Zahlen sehen die Ersparung eingeblüht wird, daß die Zeit der Profitmacherei zu Ende ist und es jetzt gilt, sich einzuordnen und im Interesse und zum Wohle der Gesamtheit mitzuarbeiten. Die kleinen und mittleren Bauern müssen in den von ihnen gewünschten Konkurrenzkämpfe durch die wirtschaftlich und auch sonst in jeder Beziehung günstiger gestellten Dorfkommunen und Sowjetgüter niederkonkurriert werden. Man soll ihnen nicht vorwerfen, freiwillig den Dorfkommunen beigetreten, man soll sie aber auch nicht dazu zwingen. Denn eine solche Zwangsorganisation würde den Nachteil aller Zwangsorganisation haben; sie würde keine Herrschaftsmittel der proletarischen Diktatur, sondern eine Organisation der kleinbürgerlichen Bauern mitsichen. Die Bauern müssen von allein zu uns kommen. Sie kommen erst dann zu uns, wenn sie jeden Interesse an der privatkapitalistischen Produktionsweise verloren haben. Diesen Prozeß zu beschleunigen, das ist unsere Aufgabe.

Daß wir dannoch alles tun müssen, um durch Massenbeeinflussung die Ideologie auch der Bauern zu beeinflussen, ist selbstverständlich. Ueber die Methoden dazu wird Näheres im nächsten Kapitel gesagt werden.

Die Frage so angefaßt, werden die Unbaumöglichkeiten gesteigert, die Ernährung sichergestellt werden können und wird die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land aufhören, eine Gefahr für die proletarische Revolution zu sein.

Anmerkung: In der letzten Nummer ist ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Mit seltener Beharrlichkeit wird der immer von „Komitees der Dorfarmee" geredet. Wie der aufmerksame Leser schon gemerkt haben wird, soll es immer heißen: „Komitees der Dorfarmen".

Aus der Internationale

Die Lage in Deutsch-Oesterreich

Ein Genosse aus Wien schreibt uns:

Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutsch-Oesterreich haben sich derartig verschlechtert, daß auch die Arbeiterschaft allmählich ihre Lage begreift. Noch nie war für unsere Propaganda ein derartig günstiger Boden vorhanden wie jetzt. Die Zustände werden sich aber noch verschlimmern, wenn sich in einigen Monaten die Folgen des neuen „Sanierungsprogramms" zeigen werden. Die Furcht vor diesen Folgen läßt schon die Krise bemerkbar machen. Der Lohnabbau geht parallel mit dem Lohnempfänger-abbau mit der Entlassung der Arbeiter und Angestellten. Die Betriebe arbeiten nicht aber nur mit verkürzter Arbeitszeit. Bei einem Preisabbau in Bedarfsartikeln ist aber kaum etwas zu bemerken. Die Läden sind leer; man verkauft nichts. Die Arbeitslosigkeit nimmt schrecklich zu:

Die verschiedensten Maßnahmen der „starken Faust" werden allmählich durchgeführt. Man beginnt in den Betrieben die alte Disziplin wiederzugestellen. Die Betriebsräte und die Betriebskontrolle werden aufgehoben. Bei Lohnbewegungen gebrauchen die Unternehmer einen andern Ton wie früher; Aussperrungen sind an der Tagesordnung. Die hiesigen Arbeiter, die bei Jahrelang für ihre „Errungenschaften" demonstriert haben und die heutigen Verhältnisse gar nicht gewohnt sind, stehen ganz überrascht da. Man schweigt und staunt; eine Ruhe herrscht. Die Ruhe vor dem Sturm. Der Staat aber trifft schon seine Vorbereitungen für den Sturm. Die militärische Macht wird verstärkt und „gereinigt". Die zuverlässigen fliegen hinaus, unzuverlässige Bestände werden aufgefüllt; dagegen sieht man in großer Zahl die „neuen Organisationen" alias Sipo, alles Bauernburschen. Alle Vorbereitungen werden getroffen, um die bestimmt eintretenden Revolten zu verhindern. Denn darüber ist man sich auf beiden Seiten klar, daß die nicht ausbleiben.

Die Sozialdemokraten haben im Parlament mit ihrem Geschrei gegen das „Genfer Programm" aufgehört. Nach außen hin waren sie dagegen, in Wirklichkeit aber dafür. Sie sind nebenbei auf Geiß, denn der hat durchgesetzt, worum sie sich 3 Jahre lang vergeblich bemühten. Aber trotz ihrer Komödie hat die Arbeiterschaft jetzt doch ein wenig hinter ihre Barve sehen können. Und die Folgen sind schon zu bemerken. Ueberall herrscht eine Unruhe gegen die Partei und noch mehr gegen die Gewerkschaften. Ueberall macht sich jetzt eine Anti-Gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Schon jetzt, wo die „Sanierung" noch nicht auswirkt.

Es hat jetzt eine Ueberraschung gegeben. Die Lebensmittel und die Getreidepreise sind fast um die Hälfte gesunken. Das hat aber seinen Grund nur darin, daß die Bauern Angst haben, die Preise könnten noch weiter sinken, und deshalb alles verkaufen. Es wird nicht lange dauern, dann werden die Preise wieder in die Höhe getrieben. Dafür sorgen schon die in nächster Zeit in Kraft tretenden Zollgesetze.

Objektiv betrachtet liegen also die Verhältnisse für uns jetzt hier sehr günstig, günstig sind die Arbeiter allerdings noch sehr zurück. Die Verhältnisse werden ihnen aber die Augen öffnen.

Aus der Partei

Vom Hauptausschuß der Partei geht dem Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg folgendes Rundschreiben zu:

1. Zentralausschuß-Sitzung. Am 13. Februar findet eine Zentralausschußsitzung mit folgender Tagesordnung statt:
1. Politische Lage.
2. Lage der Internationale.
3. Jugend.
4. Tätigkeitsbericht des Hauptausschusses.
5. Bericht aus den Bezirken.
6. Organisationsfragen: a) Aufbau, b) Parteitag, c) KPUD.
   d) Programmkommission, e) Presse.

Ein jeder Wirtschaftsbezirk hat einen Delegierten zu schicken. Die Wirtschaftsbezirke haben zu der Tagesordnung und zu der Wahl des Delegierten sofort Stellung zu nehmen. Zur Bedung der Unkosten ist eine einmalige Umlage von 6 Mark pro erteilten Mitglied zu erheben. Die Umlage kann auch von den Delegierten mitgebracht werden. (Spätester Termin.) Diejenigen Wirtschaftsbezirke, die ihre Pflichtbeiträge abgerechnet und die Umlage abgeführt haben, haben die Spesen und Fahrgeld 4. Klasse für ihren Delegierten vergütet.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Abstimmung auf der ZA. nach abgerechneten Beiträgen erfolgt, daß diejenigen Wirtschaftsbezirke Stimmrecht haben, die Pflichtbeiträge abgerechnet haben.

Das Tagungslokal wird den Wirtschaftsbezirken rechtzeitig mitgeteilt werden.

Der Pflichtbeitrag beträgt vom 1. Februar 20 Mark pro erteiltes Mitglied.

2. Organisatorisches

Diese Wirtschaftsbezirke liegen organisatorisch vollkommen darnieder. Man verspürt wenig geistiges, aktives Leben und vermißt jede eigene Initiative. Auch außen hin ist von einer KPD. nicht zu merken. Es ist unbedingt notwendig, daß organische Versammlungen von uns besucht werden. Wenn es nicht möglich ist, Diskussionsabende zu halten, so muß aber mindestens unsere Literatur und Zeitungen dort vertreten sein. Um diese und andere wichtige Aufgaben zu erfüllen, muß an jedem Ort ein Propagandaobmann sein.

Wenn irgend möglich, sind in den Ortsgruppen wissenschaftliche Kurse abzuhalten, denn die Schulung und Weiterbildung unserer Mitglieder darf nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Mitteilungen

KPD. und KPD. Groß-Hamburg

Am Mittwoch, den 24. Januar, 7.30 Uhr,
öffentliche Arbeiterversammlung
bei Jarr, Holsteinisches Haus, Kohlhöfen.

Tagesordnung:
Polizeiwillkür und Terror. Wo liegt der Feind? Genossen, agitiert für regen Besuch. Die Arbeitsausschüsse.

13. Bezirk. Am Freitag, den 19. Januar, abends 7.30 Uhr, pünktlich, Mitglieder-Versammlung in der Schulaula Guerickestr. 42. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung müssen alle Mitglieder erscheinen.

Oeffentliche Zustellung

Für den Preßfonds eingegangen: Von Krüger, Moabit, 20 Mark; 12. Bezirk (Wilmersdorf) 630 Mark; K.P.D. (Hallen) 5 Gulden.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Biers, Berlin; d. Verleger der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann Berlin S 42, Dresdenstraße 160.

Jahrg. Nr. 6. Preis 65 Mark.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO18, Landsberger Str. 6
Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen.
Postscheckkonto für Berlin: Berlin NW 7, Nr. 49029

Abonnementspreis für Groß-Berlin 290 Mark halbmonatlich. Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 350,— M. halbmonatlich, nach dem Ausland 1500,— M. monatlich.

Der Rhodus

Es ist trotz alledem nur jämmerliche Stümperei, was die demokratische Republik ihren verhungernden Sklaven zu bieten hat. Man möchte so gern ein gehöriges Quantum „Durchhaltestimmung" erzeugen. Doch es geht eben nicht recht. Es fehlt eben an dem allernötigsten. In ein paar Tagen ist der Dollar von 8000 auf ziemlich das Dreifache geklettert, gerade wie zum Hohn und die Proletarier, die sich einfangen lassen, sehen allzu deutlich daß sie in dieser „Einheitsfront" geradewegs zum Schaffott marschieren. Die „Durchhaltestimmung" wird sehr schnell verfliegen, die Geschichte marschiert mit Siebenmeilenstiefeln. Dann wird und muß sich jeder einmal die wahre Sachlage herausstellen. Die Regierung richtet derweilen ihre Diktatur auf. Die Vorbereitungen dazu sind in vollen Gange. Der Antrag:

Der Regierung die Ermächtigung zu geben, ohne Reichstag, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abwendung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren als notwendig erweisen."

Von sämtlichen bürgerlichen Parteien einschließlich der VSPD. letztere wendet in letzter Zeit stets den Trick an und läßt einer Zahl ihrer Bonzen weiße Zettel abgeben, damit ihre Genossen nicht so provokatorisch wirken sollen) besagt schon genug.

Das deutsche Kapital hat in seinem Kampfe mit dem französischen Rivalen alles auf eine Karte gesetzt. Triumphierend meldet die Stinnespresse, daß die „Wirtschaftsführer" trotz Gefängnisandrohung nur den Befehlen ihrer Regierung gehorchen. Vom proletarischen Standpunkt aus betrachtet ist das ein richtigen Gesichtspunkt aus betrachten und wird sehr schlecht finden; daß trotzdem es dasselbe ist, gerade das Umgekehrte der Fall ist. Die Regierung folgt willig den Befehlen der Kapitalisten, und ihre Erlasse sind die Erlasse der Schwerindustrie. Daß sie diesen ihren eigenen Befehlen Folge leisten, muß man schon in Anbetracht des normalen Zustandes der deutschen Kapitalisten voraussetzen.

Und diese deutschen Kapitalisten mit ihren gewerkschaftlichen Ratgebern wissen natürlich was kommen wird. Was sich ohnehin gekommen wäre. Sie wissen, und haben den Weg dazu rechtzeitig beschritten, daß die demokratische Republik ein sinkendes Schiff ist. Die Firma Stinnes-Lubersac hat in ihrem Gesellschaftsvertrag schon vorsorglich den Todesurteil über diese Republik ausgesprochen. Der erbitterte Kampf, der sich jetzt zwischen zwei Kapitalsgruppen, dem französischen und dem deutschen Kapital abspielt, ist begreiflich, ist erklärlich, ist selbstverständlich. Je mehr es das Kapital fertig bekommt, das Proletariat vor seinen Wagen zu spannen, je mehr das Proletariat von seinem Kampf Kapitalsinteressen vertritt, desto offener und ungestörter kann das Kapital seinen Kampf miteinander austragen. Das deutsche Kapital wird die Wirtschaftssabotage auf die Spitze treiben und das französische seinen Militärapparat immer weiter um die Kohlengruben konstruieren. Und beide werden die Niederträchtigkeiten ihres Rivalen in die Welt hinausschreien. Bis die Folgen für das Proletariat unerträglich werden und das Proletariat gegen seine Peiniger aufsteht. Bis die proletarische Revolution ihr Haupt erhebt. Bis die Arbeiter selbst ihre Hand nach den Fabriken, nach dem Privateigentum ausstrecken. Dann wird die internationale Konterrevolution kein Vaterland mehr kennen. Dann werden sich die Geister scheiden: Die Kapital — hie Arbeit.

Die ganze Weisheit der kleinbürgerlichen Trabanten des Kapitals sich natürlich darüber verwundern, daß sie gibt eben weiter nichts als „Recht" und „Unrecht". Sie beweisen eben nicht, daß der französische Imperialismus im Recht" ist, wenn er das einzutreiben sucht, was er gebraucht, um nicht selbst zusammenzubrechen. Denn letzten Endes ist die Frage des Krieges doch eine Frage der Machtverhältnisse fundierten „Rechtsstreitfrage", entschieden. Das bedeutet nicht, aus, daß das deutsche Kapital ebenfalls im Recht" ist, wenn es sich mit Haaren und Zähnen gegen die Abschneidung seines Profitanteils innerhalb des zu schaffenden westeuropäischen Ausbeuterkonzerns wehrt. Es muß eben begreifbar schwer sein zu begreifen, daß die Folgen für die Arbeiterklasse dieselben sind, ob „ihr" Kapitalsanteil recht bekommt oder nicht. Warum wohl? Weil der Kapitalismus wohl seine Ausbeutung steigern, aber keine neue Absatzgebiete schaffen kann. Die Schaffung neuer Absatzgebiete muß auf Kosten des Konkurrenten gehen durch militärische Niederringung. Das ist in diesem Falle ja bereits geschehen mit dem Erfolg, daß der Reigen sofort beginnen müßte, und ohne Pause fortgesetzt werden müßte, wenn übernaupt dies einen Sinn hätte. — Der Krieg des Kapitals richtet sich stets gegen das Proletariat und richtet sich auch jetzt gegen das Proletariat, wo man hin als „Wirtschaftskrieg" fährt. Dieser Krieg, der doch keine neuen Märkte erobert werden können, sondern indem durch die dadurch erfolgte Zerstörung von Produktionsmitteln, von Arbeitskraft und Kaufkraft der Zwang zur weiteren Einschränkung der Produktion auf dem Fuße folgt, weil eine Profitwirtschaft aufhört zu funktionieren, in dem Maße eben die Profitrate schwindet, ist in seiner Wirkung dasselbe. Die deutschen Proletarier sind deshalb jetzt diejenigen, die dem Heer, das sich auf dem Marsche in die Barbarei zurück befindet, zuerst eingereiht werden. Sie protestieren dagegen. Versteht sich. Aber sie überlegen sich nicht, daß, wenn das deutsche Kapital die Macht hätte, die das französische hat, — und das wünschen wohl die meisten — eben dann das französische oder ein anderer Teil des Weltproletariats sich dem österreichischen anschließen würde. Und sie vergessen weiter, daß der Zeitpunkt kommen müßte, wo auch ihre Maschine, die sie noch bedienen, zum Stehen kommen müßte, einfach deswegen, weil die in Schmutz und Dreck und Schwindsucht und Pest verkommenden Arbeitermassen als Käufer nicht mehr in Frage kommen.

In diese letzteren werden jetzt große Teile des deutschen Proletariats eingereiht werden. Und das deutsche Kapital bereitet sich schon für die kommenden Märztage vor. Die KPD. beklagt sich wohl bitter darüber, daß die Kapitalisten Hochverrat an ihrem eigenen Staate begehen und keine Steuern bezahlen. Jedoch die deutschen Kapitalisten wissen auch ohne den Rat der KPD., was sie tun. Vorderhand brauchen sie die KPD. noch nicht. Vielleicht dann, wenn Stinnes bei einem Dollarstand von 100 000 die deutschen Eisenbahnen gekauft hat, und weiter nichts mehr zurückläßt wie die zu Tode gehetzte Sklavenherde. Vielleicht, daß das deutsche Kapital dann eine „Arbeiterregierung" einsetzt, damit dieselbe von Stinnes Gnaden das Todesglöcklein der deutschen Arbeiterklasse läutet und so das Begräbnis etwas würdiger gestaltet wird. Jedoch bis dahin ist noch gute Weile. Dieser Rhodus ist mit Gefahren verbunden. Die deutsche Arbeiterklasse liegt noch nicht am Boden. Die ersten großen Schläge wird sie erhalten, ehe sie sich von dem nationalistischen Rausch erholt. Eine zweite bis jetzt sehr gute bewährte Methode sind gut disziplinierte Streiks der einzelnen Gruppen durch die Gewerkschaften. Die Metallarbeiter Berlins sind soeben in der nicht leichten Lage, mit ihrem Streik den Gewerkschaften das Kapital zu zwingen, ihre Forderungen zu erfüllen. Und man weiß wirklich nicht: können sie nicht, oder wollen sie nicht. Sie merken wohl selbst das Unsinnige und Aussichtslose eines Streiks um Lohnerhöhungen, die schon in den ersten drei „Kampftagen" überholt sind. Und weiter nachzudenken, was werden soll, dazu reicht es noch nicht.

Die Entwicklung der nächsten Wochen werden unter dem deutschen Proletariat weitere ungeheure Verheerungen anrichten. Und die Gelegenheit für die deutsche Arbeiterklasse, entscheidend einzugreifen in das weltgeschichtliche Triebrad, war selten so günstig wie gerade jetzt. Der revolutionäre Aufstand des deutschen Proletariats gegen seine eigenen Ausbeuter, kann die Pläne des französischen Imperialismus mit einem Schlage über den Haufen werfen. Nicht, daß das deutsche Proletariat den Weltproletariat Ehmit einen Gefallen erweist, nein: das deutsche Proletariat steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Es hat er in der Hand, durch die Tat dem französischen Proletariat zu beweisen, daß es seine Pflicht erkennt, und wird nicht unsonst rufen. Es wird das rheinisch-westfälische Proletariat mit dem französischen und dem übrigen deutschen Proletariat auseinanderreißen. Es wird dann sich zeigen, daß die nationalistische Pest ausreißen und die Luft reinigen. Die Krise verschärft sich. Die Arbeiterklasse muß sie bewußt auf die Spitze treiben. Denn nur im entschlossenen revolutionären Kampf, vermag sie den Todfeind zu besiegen.

Erkennt jedoch das Proletariat die Zeichen der Zeit nicht und läßt es sich von nationalistischem Taumel und pazifistisch verlogenen Friedensgeweisel einlullen, so werden unter patriotischen Weisen und kitschischen Gassenhauern weitere Tausende von Proletarierkindern ins Grab sinken, die Teuerung ins Wahnsinnige steigern und Arbeitslosigkeit in riesigem Umfange ihren Einzug halten. Dann wird die Straße auf dem Fuße folgen und das deutsche Kapital die weißen Bestien unter dem Kommando der deutschen Faszistenhäuptlinge in Aktion setzen. Eine neue blutige Niederwerfung der Arbeiterklasse in Deutschland, das ist für das Kapital in allernächster Zeit eine Lebensnotwendigkeit. Das Kapital weiß, daß der kommende Hunger die Sklaven zur Rebellion treibt, und daß es diese im Blute ersticken muß, wenn es leben will.

Revolutionäre Erhebung mit dem unverrückbaren Ziel: Aufrichtung der Diktatur des Proletariats oder inhaltlose und kraftlose Hungerwellen, die mit blutigen Niederlagen enden müssen.

Hier ist der Rhodus, hier gilt es zu springen!

Gegen den Chauvinismus

Eine russische „Friedensbotschaft"

Wer würde wohl heute noch einen Pfifferling auf eine Wilsonsche Friedensbotschaft geben? Oder auf eine solche des Papstes? Es waren die Friedensapostel ihrer Zeit. Sie predigten den Frieden, während die Flammen der russischen Revolution gefährdrohend die kapitalistische Welt beleckten und — jene Friedensschalmeien, das werden auch die russischen Arbeiter begriffen haben, ihre konterrevolutionäre Wirkung wahrhaftig nicht verfehlten. Heute würden diese Weisen des Pfaffentums und des internationalen Kapitals nicht mehr verfangen. Dazu war die Enttäuschung zu furchtbar. Heute kann das Proletariat nur noch verwirrt werden von denen, denen es einst sein Vertrauen schenkte. Heute ziehen nur noch die konterrevolutionären Kräfte, die sich hinter dem Firmenschild „Kommunistische Internationale" verbergen. Das internationale Kapital muß bereits die letzten Reserven heranziehen. Das „Rußland der Arbeiter und Bauern" muß die Mission der katholischen Kirche, die Mission Wilsons übernehmen — und hat sie übernommen. Bei der sich jetzt zuspitzenden, verschärfenden Lage, ist dieses „Rußland der Arbeiter und Bauern" gezwungen Farbe zu bekennen. Seine konterrevolutionäre Fratze offener zu zeigen. Die Moskauer Internationale versendet folgenden Aufruf:

„An die Völker aller Länder!"

Die Armeen des imperialistischen Frankreichs sind in das Ruhrbecken eingedrungen.